

**POLIS**  
**180**



netzforma\*e.V.  
Verein für feministische Netzpolitik

# Brücken zwischen IST und Soll

Kritik und Empfehlungen für  
Deutschlands Digitalstrategie  
aus feministisch-intersektionaler Perspektive

BY

Anna-Lena Menne, Jennifer Menninger,  
Linnea Carolin von Stuckrad, Sonja Mausen, Marieke Eilers

# Brücken zwischen IST und SOLL

## Kritik und Empfehlungen für Deutschlands Digitalstrategie aus feministisch-intersektionaler Perspektive



Anna Lena Menne, Jennifer Menninger, Linnea Carolin von Stuckrad,  
Sonja Mausen, Marieke Eilers

Im August 2022 veröffentlichte die deutsche Bundesregierung ihre ressortübergreifende Digitalstrategie mit dem Versprechen, Ungerechtigkeiten im digitalen Zeitalter anzugehen. Ein Jahr später fehlt es an konkreten Fortschritten, die festgehaltenen Maßnahmen bleiben unzureichend. Wie können wir die digitale Zukunft gerechter und nachhaltiger gestalten? Dieses Paper betrachtet die Strategie aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive, identifiziert die inhaltlichen Schwächen und leitet weiterführende Maßnahmen ab, um tatsächlich eine digitale Zukunft für alle zu gestalten. Deutschland braucht eine Digitalstrategie, die historische Ungerechtigkeiten und die Verfügbarkeit planetarer, sozialer und digitaler Ressourcen angemessen berücksichtigt. Partizipation, ökologische und soziale Verantwortung sowie gesellschaftliche Vielfalt müssen dabei an zentraler Stelle stehen.

### HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1. Die gesellschaftliche Vielfalt in der Digitalpolitik abbilden
2. Einen stärkeren Fokus auf Nachhaltigkeit in der Digitalpolitik setzen
3. Die digital-souveräne Gesellschaft fördern, um im digitalen Raum Grundrechte zu wahren und Selbstbestimmtheit aufrechtzuerhalten
4. Die Partizipation der erkannten und nicht ausreichend wahrgenommenen Gesellschaft in allen Phasen von Policy-Prozessen sicherstellen
5. Den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Räumen sicherstellen und Kompetenzen schaffen, unabhängig von sozialer Position und Demographie
6. Eine gezielte und angemessene Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die digitalpolitischen Ziele
7. Digitale Gewalt aktiv bekämpfen und den Schutz der Betroffenen sicherstellen
8. Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll und transparent einsetzen
9. Eine neue Digitalstrategie entwerfen

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Die Digitalstrategie</b>	<b>2</b>
1.1. Der Entstehungsprozess der Digitalstrategie	3
1.2. Der IST-und-SOLL Abstand: Widersprüche, Grundannahmen und Kritik	6
<b>2. Realitätscheck: Der IST-Zustand</b>	<b>12</b>
2.1. Ungleichheit und Zugang: Digitale Positionalität als neue Perspektive	13
2.2. Kurzgeschichten im Prüfstand der Digitalen Positionalität	17
<b>3. Zukunftsgestaltung: Der SOLL-Zustand</b>	<b>20</b>
3.1 Digitale Souveränität Deutschlands und Europas	20
3.2 Einbeziehung der Gesellschaft: Wie geht es besser?	23
<b>4. Mach neu(n): Handlungsempfehlungen für eine gerechte und nachhaltige Digitalpolitik</b>	<b>25</b>

### Vorwort

*Warum braucht es eine intersektional-feministische Perspektive auf die deutsche Digitalstrategie?*

Die Digitalisierung ist einer der größten gesellschaftlichen Transformationsprozesse unserer Zeit. Ob Klimakrise, Fachkräftemangel oder demografischer Wandel - Digitalisierung gilt als Lösung für viele Herausforderungen. Mit technologischer Innovation und dem Ausbau von digitaler Infrastruktur und Diensten allein können jedoch keine der aktuellen Krisen und Probleme bewältigt werden. Vielmehr verstärkt Digitalisierung Ungerechtigkeiten, wenn sie nicht kritisch reflektiert und gewissenhaft umgesetzt wird.

Im August 2022 veröffentlichte die deutsche Bundesregierung eine Digitalstrategie, die den Anspruch formulierte, Ungerechtigkeiten im digitalen Zeitalter anzugehen:

“Es [ist] erforderlich, die Digitalisierung so zu gestalten, dass alle Menschen von ihr profitieren können - unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, sozialer Lage und ethnischer Herkunft.

Weiterhin stellt sich die Frage nach einer sozial, wirtschaftlich und insbesondere ökologisch nachhaltigen Gestaltung”.<sup>1</sup>

Heute, etwa ein Jahr später, sind es jedoch vorwiegend fehlende Fortschritte und Umsetzungsbemühungen,<sup>2</sup> die in einem Atemzug mit der Strategie genannt werden. Die Defizite der Digitalstrategie sind deutlich erkennbar, doch es stehen weder die Fürsorge für die Gesellschaft noch die planetaren Grenzen im Mittelpunkt, sondern wirtschaftlicher Wettbewerb und geopolitische Interessen. Im regelmäßigen Austausch technikkritisch und feministisch arbeitender Forscher\*innen und zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen wurde klar, dass es an der Zeit ist, das politische Handeln zu hinterfragen und aufzuzeigen, wie gerechte und nachhaltige Digitalisierung in Deutschland und Europa gelingen kann. In einer Zusammenarbeit aus Mitgliedern von Polis180 e. V. und netzforma\* e.V. entstand das folgende Papier, welches die Digitalstrategie aus intersektional-feministischer Perspektive beleuchtet.

Der intersektionale Ansatz entspringt dem Schwarzen Feminismus in den Vereinigten Staaten und macht die Stimmen jener Menschen sichtbar, die überlappende und gleichzeitige Formen der Unterdrückung erleben.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie: Gemeinsam digitale Werte schöpfen,“ (2022), <https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/presse/063-digitalstrategie.pdf>, 4.

<sup>2</sup> Jürgen Klöckner, Barbara Gillmann, und Frank Specht, „Diese fünf Koalitionsvorhaben drohen an der mangelnden Digitalisierung zu scheitern,“ *Handelsblatt*, 19.08.2023, zuletzt geprüft am 23.09.2023, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundesregierung-diese-fuenf-koalitionsvorhaben-drohen-an-der-mangelnden-digitalisierung-zu-scheitern/29331678.html>; Willems,

Christina, und Henriette Litta, „Halbzeit für die Ampel: Danke für die schönen Worte, lasst endlich Taten sprechen! Pressemitteilung,“ zuletzt geprüft am 23.09.2023, <https://okfn.de/blog/2023/08/halbzeitkritik-ampel/>

<sup>3</sup> Vgl. Kimberle Crenshaw, „Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics,“ *The University of Chicago Legal Forum* 140 (1989).; Patricia Hill Collins, *Black feminist thought: Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment*, Second edition, Perspectives on gender (London, New

Auf diese Weise wird verdeutlicht, wie soziale Identitäten miteinander verflochten sind und wie verschiedene Formen historisch bedingter Diskriminierung und Benachteiligung aufeinander aufbauen - und sich verstärken können. Mit dieser Perspektive lässt sich auch die Komplexität der digitalen Transformation erkennen: Technologie, Gesellschaft und die Erde sind eng miteinander verwoben und überschneiden sich, weshalb der Zugang zu digitaler Infrastruktur und Diensten von ungleichen Machtstrukturen und ungerecht verteilten Ressourcen geprägt ist. Daher betrachten die Autor\*innen auch die Überwindung des Patriarchats und des damit verbundenen kapitalistischen, rassifizierten Wirtschaftssystems als notwendig, um eine nachhaltige Digitalisierung zu gestalten. Eine intersektional-feministische Perspektive ermöglicht somit die Entwicklung von Maßnahmen für eine zukunftsfähige Gesellschaft und eine nachhaltige Lebensweise, die möglichst allen zugutekommt.<sup>4</sup>

### 1. Die Digitalstrategie

Die "Digitalstrategie. Gemeinsam digitale Werte schöpfen" wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) koordiniert und am 31. August 2022 verabschiedet.<sup>5</sup> An der Erarbeitung des Papiers waren alle Bundesministerien sowie das Bundeskanzleramt beteiligt.

---

York: Routledge Taylor & Francis Group, 2000). <https://doi.org/10.4324/9780203900055>, [https://search.ebscohost.com/direct.asp?db=sih&jid=%2213JO%22&scope=site;bell hooks, Where we stand: Class matters](https://search.ebscohost.com/direct.asp?db=sih&jid=%2213JO%22&scope=site;bell%20hooks,Where%20we%20stand%3A%20Class%20matters) (New York, London: Routledge, 2000), <https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=80387>

<sup>4</sup> Die Autor\*innen sind sich bewusst, dass sie selbst Teil eines lang bestehenden und strukturell diskriminierenden

In der Strategie wird der aktuelle Stand der Digitalisierung in Deutschland beschrieben, ein Zielbild bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (2025) entworfen und es werden einzelne Maßnahmen aufgezählt, die bis dahin umgesetzt werden sollen. Den größten Effekt, eine sogenannte Hebelwirkung, verspricht sich die Bundesregierung dabei von drei zentralen Projekten:

- 1) Leistungsfähigere Netze für die digitale Kommunikation und mehr und bessere Daten;
- 2) Einheitliche technische Normen und Standards und weltweites Engagement in der Standardisierung;
- 3) Sichere digitale Identitäten und moderne Register für die Verwaltungen.

Weitere Maßnahmen werden in 24 Handlungsfelder eingeteilt und den drei Lebensbereichen "Vernetzte Gesellschaft", "Innovative Wirtschaft" und "Digitaler Staat" zugeordnet. Darunter sind auch 18 Leuchtturmprojekte zu finden,<sup>6</sup> die von den einzelnen Ressorts zur Digitalstrategie beigetragen wurden, zum Beispiel ein Ökosystem für Mobilitätsdaten, digitale Familienassistent\*innen, ein digitales Zuwendungsempfänger\*innenregister, ein neu eingerichtetes Dateninstitut und ein digitales Gefechtsfeld für die Bundeswehr.

Systems sind und damit einhergehende Verhaltensweisen und Denkmuster reproduzieren können. Deshalb begrüßen wir konstruktive Kritik, Lob und Verbesserungsvorschläge zu unserem Paper: [digitstrat@outlook.de](mailto:digitstrat@outlook.de)

<sup>5</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, "Digitalstrategie."

<sup>6</sup> BMDV, "Unsere Leuchtturmprojekte," zuletzt geprüft am 23.09.2023, <https://www.digitalstrategie-deutschland.de/leuchtturm-projekte/>.

Neben dem Fokus auf den Ausbau der technischen Infrastruktur, der bereits in der Gigabit-Strategie<sup>7</sup> im Juli 2022 festgelegt wurde, fehlen in der Strategie Maßnahmen, die sich am gelebten Alltag der Menschen in Deutschland und an den zukünftigen Veränderungen durch die Klimakrise orientieren. Stattdessen präsentiert die Digitalstrategie eine Reihe von fiktiven Kurzgeschichten, in denen das Leben aller Bürger\*innen bis 2025 vollständig von digitalen Anwendungen durchzogen sein soll und in denen Nachhaltigkeit und diverse Lebensrealitäten zu wenig Aufmerksamkeit erhalten. Dabei wird nicht hinterfragt, ob es neben den präsentierten digitalen Lösungen für anstehende gesellschaftliche Herausforderungen andere, auch analoge und klimaneutrale, Alternativen gibt oder ob die Bevölkerung sich solch einen hohen Grad an Digitalisierung überhaupt wünscht. Obwohl in der Strategie eine Verpflichtung enthalten ist, sich verstärkt mit "Machtstrukturen im digitalen Wandel" und "neuen Perspektiven und Denkansätzen wie der feministischen Digitalpolitik" auseinanderzusetzen, erfüllt die Digitalstrategie dieses Vorhaben selbst nicht.<sup>8</sup>

Dieses Paper leistet einen intersektional-feministischen Beitrag zur Debatte um die Digitalisierung in Deutschland und zeigt Leerstellen und Handlungsmöglichkeiten auf, die eine gerechtere und nachhaltigere Digitalisierung ermöglichen. In Kapitel 1 wird zunächst der Entstehungsprozess der Digitalstrategie kritisch betrachtet und fehlerhafte Annahmen, die der Strategie zugrunde liegen, werden herausgearbeitet.

Auf dieser Grundlage widmen sich die folgenden Kapitel 2 und 3 einer Analyse der gegenwärtigen Situation (IST-Zustand) und der angestrebten Entwicklung (SOLL-Zustand) der Digitalisierung in Deutschland. Diese Erkenntnisse dienen als Basis, um abschließend in Kapitel 4 Handlungsempfehlungen für die Digitalpolitik der deutschen Bundesregierung zu formulieren.

### 1.1 Der Entstehungsprozess der Digitalstrategie

Zunächst ist hervorzuheben, dass Informationen zum Erstellungsprozess der Digitalstrategie nicht leicht zu finden sind. Die Erkenntnisse beruhen auf tiefergehenden Recherchen und basieren ausschließlich auf Nachfragen einzelner Bundestagsabgeordneter und zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen im Digitalbereich wie netzpolitik.org. Im Sinne des viel besprochenen und im Koalitionsvertrag festgehaltenen Transparenzanspruchs wäre es angemessener, proaktiv darzulegen, wie es zur Erstellung des Papiers kam und welche Akteur\*innen daran beteiligt waren.

Die Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg erkundigte sich in einer schriftlichen Frage beim BMDV nach konkreten Informationen dazu, welche Austauschtermine mit Stakeholdern für die Erarbeitung der Digitalstrategie stattgefunden haben. Sie erhielt eine Liste mit insgesamt 21 Kontakten.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Die Bundesregierung, „Gigabitstrategie der Bundesregierung“ (2022), [https://www.bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/gigabitstrategie.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/gigabitstrategie.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>8</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie“, 24.

<sup>9</sup> Deutscher Bundestag, „Drucksache 20/3429: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 12. September 2022

## Brücken zwischen IST und SOLL

Der Großteil der genannten Kontakte fällt auf privatwirtschaftliche Akteur\*innen wie Industrieverbände und Vertreter\*innen der Automobilbranche. Vor allem der Lobbyverband Bitkom, in dem mehr als 2.000 Wirtschaftsunternehmen vertreten sind,<sup>10</sup> beeinflusste den Entstehungsprozess der Digitalstrategie. Dies lässt sich auch in der Strategie selbst unschwer erkennen: So ist die Digitalstrategie von Bitkom<sup>11</sup> der der Bundesregierung auffallend ähnlich. Interessenvertretungen, die sich zivilgesellschaftlich für diverse Perspektiven auf Digitalisierung einsetzen, sind in dieser Liste nicht zu finden. Lediglich die Initiative D21 kann an dieser Stelle noch als gesellschaftliche Interessen vertretende Organisation hervorgehoben werden. Dabei heißt es im Koalitionsvertrag der Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (veröffentlicht am 24.11.2021): *„Die Zivilgesellschaft binden wir besser in digitalpolitische Vorhaben ein und unterstützen sie, insbesondere in den Bereichen Diversität und Civic Tech“*.<sup>12</sup> Diese Formulierung findet sich auch in der Digitalstrategie selbst wieder. Eine logische Schlussfolgerung des Vorhabens wäre gewesen, bei der Erarbeitung der Strategie bereits zu realisieren und nicht erst dann, wenn es um die Umsetzung dieser geht.

---

eingegangenen Antworten der Bundesregierung,” (2022), <https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003429.pdf>, 83.

<sup>10</sup> Bitkom E.v., „Über uns,” Mi., 17.02.2016, zuletzt geprüft am 23.09.2023, <https://www.bitkom.org/Bitkom/Ueber-uns>.

<sup>11</sup> Bitkom, „Last Call: Germany! Die Bitkom-Digitalstrategie 2025,” (2020), [https://www.bitkom.org/sites/main/files/2020-01/200113\\_bitkom\\_digitalstrategie.pdf](https://www.bitkom.org/sites/main/files/2020-01/200113_bitkom_digitalstrategie.pdf).

<sup>12</sup> SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und FDP, „Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit,” <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>, 12.

<sup>13</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Das ist der Beirat Digitalstrategie Deutschland: Umsetzung,”

Trotz intensiver Recherche konnten bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung keine weiteren Bemühungen seitens der Bundesregierung oder des koordinierenden BMDV gefunden werden, die darauf hinweisen, dass die Zivilgesellschaft aktiv in den Gestaltungsprozess der Digitalstrategie einbezogen wurde. Mit früh laut werdender Kritik wurde für das Monitoring der Strategie nachträglich der Beirat Digitalstrategie Deutschland<sup>13</sup> mit insgesamt neunzehn Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft berufen. Doch auch dieser kann die Perspektive der Zivilgesellschaft nicht umfassend in den Prozess einbringen, denn seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, sich aus verschiedenen Blickwinkeln kritisch mit den Leuchtturmprojekten der Strategie auseinanderzusetzen, wie Beiratsmitglied Henning Tillmann kürzlich darlegte: *„Letztendlich sind wir leider eher ein ‘Beirat für die Leuchtturmprojekte der Digitalstrategie’, nicht aber ein ‘Beirat für die Digitalstrategie’”*.<sup>14</sup>

Auch Expertin Henriette Litta äußert sich kritisch zur Zusammenarbeit. Die Leuchtturmprojekte würden in monatlichen Sitzungen auf *„schönen Beraterfolien“* präsentiert,<sup>15</sup> was die Externalisierung von Kernaufgaben, den mangelnden Kompetenzaufbau, eine fehlende Vernetzung sowie den Aufbau

zuletzt geprüft am 23.09.2023, <https://www.digitalstrategie-deutschland.de/beirat/>.

<sup>14</sup> Henning Tillmann, „Beitrag von Henning Tillmann,” zuletzt geprüft am 23.09.2023, [https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7080583687255289856?updateEntityUrn=urn%3Ali%3Afs\\_feedUpdate%3A%28V2%2Curn%3Ali%3Aactivity%3A7080583687255289856%29](https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7080583687255289856?updateEntityUrn=urn%3Ali%3Afs_feedUpdate%3A%28V2%2Curn%3Ali%3Aactivity%3A7080583687255289856%29).

<sup>15</sup> Henriette Litta, „Beitrag von Henriette Litta,” zuletzt geprüft am 16.02.2024, [https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7080583687255289856?updateEntityUrn=urn%3Ali%3Afs\\_feedUpdate%3A%28V2%2Curn%3Ali%3Aactivity%3A7080583687255289856%29](https://www.linkedin.com/feed/update/urn:li:activity:7080583687255289856?updateEntityUrn=urn%3Ali%3Afs_feedUpdate%3A%28V2%2Curn%3Ali%3Aactivity%3A7080583687255289856%29).

nachhaltiger Strukturen innerhalb der Ressorts in den Bundesbehörden im Bereich Digitale Transformation in der öffentlichen Verwaltung verdeutlicht. Markus Bechedahl berichtet auf der re:publica 2023 von einem "Beteiligungstheater" zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei Zoom-Videokonferenzen mit über 300 teilnehmenden Vertreter\*innen.<sup>16</sup> Diese Gegebenheiten ermöglichen keine ernstzunehmende Beteiligung, und es stellt sich folgende zentrale Frage:

*Wie kann ein digitaler Transformationsprozess hin zu einer "nachhaltigen, vielfältigen, inklusiven und demokratischen Gesellschaft, geschlechtergerecht und diskriminierungsfrei"<sup>17</sup> gelingen, wenn in der Digitalstrategie nur sehr einseitig Perspektiven einbezogen wurden?*

Diese Einseitigkeit der einbezogenen Perspektiven wird noch deutlicher, wenn wir genauer betrachten, wen der Begriff "Zivilgesellschaft" einschließt – und wen nicht. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung definiert die Zivilgesellschaft als "die Gesamtheit des Engagements der Bürgerinnen und Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen".<sup>18</sup> Aus unserer Perspektive kann dieses Begriffsverständnis bei weitem nicht die gesamte Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

In diesem Paper verwenden wir daher bewusst den Begriff "nicht ausreichend wahrgenommene" Menschen, um auf die zugrundeliegende Problematik hinzuweisen: eine mangelnde Wahrnehmung und Anerkennung.<sup>19</sup> Diese erstreckt sich nicht nur auf den gesellschaftlichen Diskurs und verschiedene soziale Milieus, sondern findet auch in den rechtlichen Rahmenbedingungen ihre Entsprechung. In Deutschland lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft befinden sich häufig in einer rechtlichen "Grauzone".<sup>20</sup> Sie können nicht alle Rechte und den vollen Schutz erhalten, welche Staatsbürger\*innen rechtlich zustehen. Dadurch bleiben ihre Perspektiven bei vielen politischen Entscheidungsprozessen unsichtbar.<sup>21</sup>

Erfolgreiche politische Partizipation erfordert daher eine respektvolle und umfassende Zusammenarbeit mit der anerkannten und der unerkannten Gesellschaft in Deutschland. In der Konsequenz bedeutet es, dass nicht nur die Menschen berücksichtigt werden müssen, die bereits in zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv sind und ein Interesse an Politik zeigen, sondern auch die Menschen "nebenan" und "drei Türen weiter", in Randgebieten und anderen oft nicht sichtbaren Bereichen unserer Gesellschaft.

---

<sup>16</sup> Re:publica, *re:publica 2023: Markus Bechedahl - Ein besseres Internet ist immer noch möglich*, <https://www.youtube.com/watch?v=O2leMLRCis0>.

<sup>17</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie“, 4–5.

<sup>18</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „Zivilgesellschaft,“ zuletzt geprüft am 23.09.2023, <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976>.

<sup>19</sup> Chloé N. Nwangwu, „Why We Should Stop Saying "Underrepresented",“ zuletzt geprüft am 23.09.2023,

<https://hbr.org/2023/04/why-we-should-stop-saying-underrepresented>.

<sup>20</sup> Giorgio Agamben, *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, 12. Auflage, Edition Suhrkamp 2068 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2019).

<sup>21</sup> Laut dem Mediendienst Integration lebten in Deutschland 2022 rund 23,8 Millionen Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund (rund 29 Prozent der Bevölkerung). Etwa 12,2 Millionen von ihnen haben einen deutschen Pass, aber 11,6 Millionen sind Ausländer\*innen.

## Brücken zwischen IST und SOLL

In der Entwicklung der Digitalstrategie der Bundesregierung wurde somit ein maßgeblicher Fehler gemacht: Die *Gesellschaft in Deutschland* (die anerkannte und nicht ausreichend wahrgenommene) wurde nicht angemessen beteiligt. Dabei wirken sich partizipative Formate – das gemeinsame Entwickeln von gerechten gesellschaftlichen Zukunftsvisionen oder das gemeinsame Sammeln und Priorisieren wichtiger Aspekte – positiv darauf aus, wie anknüpfbar, realistisch und zukunftsfähig eine Digitalstrategie ausfällt. Die Erarbeitung einer politischen Strategie stellt bereits früh im Prozess Weichen, die sich auf die Ausgestaltung der Inhalte, die Sprache und den Aufbau maßgeblich auswirken. Es werden Entscheidungen darüber getroffen, wer mitsprechen und entscheiden darf, welche Themen behandelt und vertieft werden – und welche nicht. Machtstrukturen, Entscheidungsprozesse und Diskursführung wirken sich unmittelbar darauf aus, welche Stimmen gehört und einbezogen werden.

Aus einer intersektional-feministischen Perspektive wäre es unabdingbar gewesen, verschiedene Interessengruppen, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, wie aus den Bereichen feministischer Digitalpolitik, aber auch einzelne Personen beispielsweise, junge und ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, BIPoC-Communities,<sup>22</sup> LGBTQIA+-Communities,<sup>23</sup> sowie noch unerkannte Menschen einzubeziehen. Insbesondere Gruppen, die in Deutschland strukturell benachteiligt und diskriminiert werden, müssen die Digitalisierung selbstbestimmt mitgestalten können, damit

Benachteiligungen, Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten zukünftig abgebaut werden können. In der Digitalstrategie lässt sich kein Hinweis darauf finden, ob und wie eine Einbindung der genannten (und weiteren) Gruppen stattgefunden hat. Dieser Mangel an Partizipationsmöglichkeiten für diverse Akteur\*innen in der Entstehung trägt maßgeblich zur inhaltlichen Widersprüchlichkeit der Strategie bei, welche wir im nächsten Kapitel darlegen und auf zwei fehlerhafte Grundannahmen zurückführen.

### 1.2 Der IST-und-SOLL Abstand: Widersprüche, Grundannahmen und Kritik

Die Digitalstrategie sollte für alle Menschen leicht verständlich sein, um eine politische Beteiligungsgrundlage zu schaffen. Sie ist jedoch widersprüchlich und möglicherweise bewusst vage formuliert, um verschiedene Positionen zu berücksichtigen und Verantwortung zu vermeiden. Trotz Zielen wie Geschlechtergerechtigkeit, digitaler Teilhabe und Barrierefreiheit konzentriert sich die Strategie letztendlich auf wirtschaftliche Interessen und vernachlässigt den Menschen und die Erde, was nach eingehender Betrachtung des Entstehungsprozesses wenig überraschend scheint (s. Kapitel 1.1). Es fehlen klare Argumente, transparente Prozesse und empirische Beweise. Obwohl behauptet wird, dass die Digitalisierung in allen Bereichen der Gesellschaft eine Verbesserung darstellt,<sup>24</sup> gibt es bisher keine ausreichenden Belege dafür.

<sup>22</sup> BIPoC: Black, Indigenous, People of Colour

<sup>23</sup> LGBTQIA+: eine Abkürzung der englischen Wörter lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, questioning, intersex, asexual, und das + bietet Raum für die Erweiterung und das neue Verständnis der verschiedenen Teile der

sehr unterschiedlichen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten.

<sup>24</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 6.

So basiert die Strategie hauptsächlich auf politischer Rhetorik und propagiert die Überlegenheit der Digitalisierung ohne angemessene Analyse der Implikationen. Zusätzlich bietet die Strategie keine klar messbare Umsetzung der allgemein formulierten Ziele, wodurch die Frage aufkommt, ob sie überhaupt als Strategie bezeichnet werden kann. Es ist dringend erforderlich, das Dokument kritisch zu hinterfragen und nach alternativen Ansätzen über eine intersektional-feministische Perspektive zu suchen, die den realen Bedürfnissen der deutschen Gesellschaft gerecht werden kann und die Klimakrise als zentrale globale Herausforderung angemessen berücksichtigt.

Im Folgenden werden drei grundlegende Widersprüche der Strategie beleuchtet. Zum einen besteht eine Spannung zwischen dem Bewusstsein für die Herausforderungen der Digitalisierung und dem klaren Streben nach digitaler Transformation. Andererseits wird versucht, eigene Zukunftsvisionen zu vermeiden, während gleichzeitig utopische Ideen in Betracht gezogen werden. Des Weiteren steht der Anspruch, menschenzentriert zu sein, im Kontrast zur mangelnden praktischen Umsetzung und inhaltlichen Lebensnähe sowie Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Widersprüche wurzeln in zwei falschen Grundannahmen: Erstens ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht automatisch gleichbedeutend mit einem gerechten Zugang zu den Möglichkeiten der Digitalisierung. Zweitens können eine sich selbst regulierende kapitalistische Marktwirtschaft und technische Innovation, die auf Kosten der Umwelt und

einiger sozialer Gruppen (durch Ressourcenausbeutung zur Förderung von Innovation) vorangetrieben werden, nicht automatisch die Probleme unserer Zeit lösen. Somit besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den in der Digitalstrategie vorgesehenen Maßnahmen und der tatsächlichen Fähigkeit der Gesellschaft, die Strategie anzunehmen und auch umzusetzen. Dieses Missverhältnis bezeichnen wir als den *IST- und-SOLL Abstand*.

### **Widerspruch 1: Problembewusstsein vs. digitaler Aufbruch um jeden Preis**

Die Digitalstrategie verdeutlicht einerseits das Bewusstsein für die Probleme im Zusammenhang mit digitaler Technologie und strebt daher nach digitaler Souveränität, d.h. digitalpolitische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, von Staat, Unternehmen und Gesellschaft (s. Kapitel 3.1).<sup>25</sup> Andererseits ruft sie zu einem bedingungslosen "umfassenden digitalen Aufbruch" für Deutschland auf.<sup>26</sup> Die Digitalisierung wird als entscheidend für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Landes betrachtet, wobei Deutschland als eine der führenden Volkswirtschaften der Welt definiert wird. Die Strategie zielt darauf ab, Deutschland an der Spitze der internationalen Entwicklung zu positionieren und als Treiber von Innovation und Wachstum zu dienen. Diese Zielsetzung stützt sich auf die Platzierung Deutschlands im Europäischen Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), in dem Deutschland den 13. Platz von 27 EU-

<sup>25</sup> Etienne Höra und Anke Obendiek, „Digitale Souveränität: politisches Buzzword, akademische Mode oder Zukunft der Digitalpolitik?“, Polis180, zuletzt geprüft am 07.01.2024,

<https://polis180.org/polisblog/2021/12/17/digitale-souveranitaet-politisches-buzzword-akademische-mode-oder-zukunft-der-digitalpolitik/>.

<sup>26</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 3.

Mitgliedstaaten belegt.<sup>27</sup> Die Strategie betont, dass diese Positionierung nicht ausreicht, wenn Deutschland auch in Zukunft in der "ersten Liga" des internationalen Wettbewerbs mitspielen möchte.<sup>28</sup>

Es ist jedoch fraglich, ob ein Index, der hauptsächlich wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt, eine angemessene Grundlage für die Festlegung von Zielen und Prioritäten der Digitalstrategie darstellt, insbesondere da die Strategie selbst auf gesellschaftliche "Gefahren" der Digitalisierung, wie Hassrede, Desinformation und digitale Gewalt hinweist.<sup>29</sup> Die Betonung der Konnektivität als Hauptziel der Strategie, obwohl andere Bereiche mit größerem gesellschaftlichen Fokus im DESI schlechter abschneiden, wirft Fragen auf.<sup>30</sup> Wer definiert, was Deutschland erreichen möchte, und ist der internationale Aufstieg wichtiger als die innenpolitische Stabilität, die Sicherheit der Bevölkerung und eine nachhaltige Lebensweise? Diese Zwiespältigkeit zwischen Problembewusstsein und einem scheinbar unreflektierten Streben nach digitalem Fortschritt wirft Zweifel an der Kohärenz und den Prioritäten der Digitalstrategie auf.

### **Widerspruch 2: Vermeidung von Zukunftsvisionen vs. utopische Ideen**

Die Digitalstrategie weist einen Widerspruch zwischen der Vermeidung von Zukunftsvisionen einerseits und dem Vorhandensein unrealistischer, abstrakter und utopischer Ideen andererseits auf. Obwohl Digitalminister Volker Wissing betont, sich mit der Digitalstrategie von Diskussionen über Zukunftsvisionen zu distanzieren und sich auf die konkrete Umsetzung zu konzentrieren,<sup>31</sup> enthält sie dennoch einen beträchtlichen Anteil an abstrakten, undefinierten und utopischen Konzepten, die schwer nachvollziehbar sind (s. Kapitel 2.2). Ein Beispiel ist der geplante Ausbau des Mobilitätsdaten-Ökosystems.<sup>32</sup> In einer fiktiven Geschichte wird von Marita berichtet, die mithilfe intelligenter Anwendungen verschiedene Verkehrsmittel nutzt und eine personalisierte Reise bucht. Dabei werden dynamische Wetterdaten genutzt, um vor Glätte zu warnen, und Fahrzeugdaten werden geteilt, um Straßenschäden zu erkennen und zu reparieren. Obwohl solche Technologien theoretisch möglich sind, bleibt fraglich, ob sie in der Praxis bis 2025 umsetzbar und für die breite Bevölkerung zugänglich oder wünschenswert sind. Ein weiteres Beispiel sind vielversprechende Konzepte wie ein "inklusive digitaler Raum für ein demokratisches und gleichberechtigtes Zusammenleben" und "gemeinwohlorientierte Datenräume," die zwar genannt werden, aber

---

<sup>27</sup> European Commission, „Digital Economy and Society Index (DESI) 2022: Thematic chapters," <https://ec.europa.eu/newsroom/dae/redirection/document/88764>.

<sup>28</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie," 3.

<sup>29</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie," 23.

<sup>30</sup> European Commission, „Digital Economy and Society Index (DESI) 2022" Während Deutschland im europäischen Vergleich im Bereich der Breitbandkonnektivität den

vierten Platz belegt, rangieren wir im Bereich zumindest grundlegender digitaler Kompetenzen lediglich auf dem 23. von insgesamt 28 Plätzen.

<sup>31</sup> Oliver Voß, „Volker Wissing: „Nicht in großen Visionen verlieren",“ *Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI*, 2022, <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/volker-wissing-nicht-in-grossen-visionen-verlieren>.

<sup>32</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie," 20.

deren genaue Bedeutung und Umsetzung unklar bleibt.<sup>33</sup>

Auffällig ist auch die häufige und oberflächliche Erwähnung des Begriffs Künstlicher Intelligenz (KI). In der Strategie taucht "KI" rund 70-mal auf und soll in nahezu allen Lebensbereichen präsent werden, sei es in Form von KI-basierten Assistenztechnologien für Menschen mit Behinderungen,<sup>34</sup> KI-Systemen in der Arbeits- und Sozialverwaltung<sup>35</sup> oder KI-gestützten cloudbasierten Justizdiensten.<sup>36</sup> Der Text betont zwar, dass KI "gemeinwohlorientiert gedacht, verantwortungsvoll, technologieoffen und innovationsfreundlich erforscht und weiterentwickelt" werden soll, doch über diese Schlagworte hinaus fehlt es der Strategie an konkreten Definitionen, verantwortlichen Stellen und Umsetzungsplänen.<sup>37</sup> Somit ist ungewiss, wie KI in verschiedenen Lebensbereichen und -realitäten eingesetzt werden soll und welche Chancen oder Risiken dabei abgewogen werden. Damit bleiben die vielen vermeintlich strategischen Ideen abstrakte und unsichere Zukunftsvisionen.

### **Widerspruch 3: Mangelnde Partizipationsmöglichkeiten vs. Menschenzentrierung**

Die Digitalstrategie proklamiert zwar, dass sie die Menschen in den Mittelpunkt der Digitalisierung stellen möchte,<sup>38</sup> jedoch vernachlässigt sie dabei individuelle Bedürfnisse, Hindernisse und Chancen der Menschen und lässt ihre aktive Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung der

Strategie außer Acht. Der Fokus der Strategie liegt eindeutig auf technischer Infrastruktur. Obwohl betont wird, dass die digitale Souveränität jeder einzelnen Person gestärkt werden und die Digitalisierung allen Menschen zugutekommen soll, wird angenommen, dass dieselben drei technisch-infrastrukturellen Hebel diese Ziele für alle Menschen erreichen können. Die vorgeschlagenen Hebel konzentrieren sich primär auf die Stärkung von leistungsfähigen Netzen, Registern und internationalen Standards zur Förderung von Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung (s. Kapitel 1). Diese Herangehensweise kann jedoch der Vielfalt und Komplexität digitaler Ungleichheiten nicht gerecht werden, da sie lediglich eine Ebene, den technischen Zugang zu digitaler Technologie, anspricht und auch dieser ist ohne ausreichende persönliche und strukturelle Ressourcen nicht selbstverständlich (s. Kapitel 2.1). Zweitens offenbart die Strategie ein mangelhaftes Verständnis von Partizipation. Statt einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit den Menschen beschränkt sich die Beteiligung lediglich auf Feedback-Mechanismen. Es fehlt der Ansatz, von Anfang an die Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen und gemeinsam mit ihnen an der Entwicklung der Strategie zu arbeiten (s. Kapitel 3.2). Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass die Digitalstrategie zum Thema Mensch einen Universalansatz verfolgt, der den individuellen Bedürfnissen und Herausforderungen der Menschen bedauerlicherweise nicht gerecht wird.

<sup>33</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 5, 23.

<sup>34</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 28.

<sup>35</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 44.

<sup>36</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 48.

<sup>37</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 8.

<sup>38</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 6.

Um diese drei zentralen Widersprüche besser zu verstehen, ist es unerlässlich, den Kontext und das zugrunde liegende Wertesystem der Digitalstrategie zu benennen. Die Entwicklung der Strategie erfolgte vor dem Hintergrund einer neoliberalen Agenda und stand unter dem Einfluss profitorientierter Lobbyverbände (s. Kapitel 1). Die diesem Kontext zugrunde liegende *europäisch-liberale und kapitalistische Perspektive* spiegelt sich deutlich in dem strategischen Fokus auf marktorientierte Lösungen und technologischen Fortschritt als Haupttriebfedern der Digitalisierung wider. Dieses Wertesystem und darauf aufbauende Strukturen haben neben gesellschaftlichem Fortschritt seit Jahrhunderten gesellschaftliche Herausforderungen und Ungleichheiten hervorgebracht und verstärkt.<sup>39</sup> Trotzdem reproduziert die Digitalstrategie dieses Wertesystem ohne kritische Reflexion und bietet keine Alternativen. Als Gesellschaft haben wir die Fähigkeit und die Macht, neue Wertesysteme zu erschaffen und zu wählen, um Veränderungen unserer Lebensumstände herbeizuführen. Aus einer *feministisch-intersektionalen Perspektive* lassen sich die drei großen Widersprüche der Digitalstrategie auf zwei grundlegend fehlerhafte Annahmen zurückführen, die sich wiederholt im Verlauf des Dokuments zeigen:

### **Fehlerhafte Annahme 1: Zugang zur Digitalisierung durch technischen Ausbau**

Erstens wird fälschlicherweise angenommen, dass der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), wie dem Internet oder Smartphones, hauptsächlich durch technischen und infrastrukturellen

Ausbau gewährleistet werden kann. Diese Annahme übergeht jedoch die Tatsache, dass Zugänglichkeit und Nutzung von IKT von vielen weiteren Faktoren abhängen, die über die reine Infrastruktur hinausgehen. Dazu gehören unsere natürliche Lebensumgebung, unsere gesellschaftliche Position, soziale Identität, Ressourcen, unsere Fähigkeiten, IKT zu unserem Vorteil zu nutzen, sowie die Gestaltung der digitalen Infrastrukturen, die bestimmte Menschengruppen vor- oder benachteiligen können (s. Kapitel 2.1). Die Strategie vernachlässigt somit den realen IST-Zustand der deutschen Gesellschaft und versäumt es, die notwendigen politischen und sozialen Maßnahmen zu berücksichtigen, die erforderlich sind, um den gesellschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung gerecht zu werden. Dies führt dazu, dass erhebliche Unterschiede im Zugang und der Nutzung digitaler Technologien außer Acht gelassen werden. Stattdessen betrachtet die Strategie die Gesellschaft als homogene Einheit und klammert ihre Vielfalt, sowie die verschiedenen Funktionalitäten, von IKT aus. Angenommen, die geplanten Hebel und der Netzausbau werden erfolgreich umgesetzt, könnte dies bedeuten, dass lediglich eine privilegierte Gruppe von Individuen in der Lage sein wird, aktiv zur digitalen Gesellschaft beizutragen. Sowohl aus sozialer als auch aus wirtschaftlicher Sicht würde dies niemandem langfristig und nachhaltig nutzen.

<sup>39</sup> Vgl. Boike. Rehbein, *Critical theory after the rise of the global South: Kaleidoscopic dialectic*, unter Mitarbeit von Michael Kinville, First edition, Routledge studies in

emerging societies 5 (New York: Routledge, 2015). <https://doi.org/10.4324/9781315718934>, <https://www.taylorfrancis.com/books/9781315718934>.

### **Fehlerhafte Annahme 2: Der Markt und Innovation als Allheilmittel**

Zweitens ist die Vorstellung, dass eine sich selbst regulierende kapitalistische Marktwirtschaft und technische Innovation die Herausforderungen unserer Zeit automatisch lösen werden, zwar tief verwurzelt, aber äußerst zweifelhaft. Die Annahme, dass sich Probleme wie von Zauberhand in Luft auflösen, ist grundlegend in der Idee der Hebelwirkung verankert. Somit vernachlässigt die Digitalstrategie soziale Auswirkungen von Marktmechanismen, die oft zu Ungleichheit und Machtungleichgewichten führen.<sup>40</sup> Die Digitalstrategie legt einen starken Fokus auf Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie geopolitische Interessen, während die Aspekte sozialer Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Wohlergehens vernachlässigt werden. Dieses Vorgehen führt zwangsläufig zu Benachteiligung und Ungerechtigkeit – ein Ziel, das die deutsche Digitalstrategie eindeutig nicht verfolgen sollte. Stattdessen sollten die Selbstbestimmung und der Schutz von Individuen sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gesellschaft in den Vordergrund stehen. In dieser

Hinsicht ist eine *intersektional-feministische Perspektive* unverzichtbar, da sie darauf abzielt, Ungerechtigkeiten anzuerkennen sowie die Rechte und Bedürfnisse aller Menschen zu respektieren und zu wahren.

Zusammenfassend lassen sich beide Annahmen auf eine unzureichende Anerkennung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit zurückführen. Ebenso spielen die fehlerhaften Überzeugungen des kapitalistischen Wertesystems und seiner fest verankerten gesellschaftlichen Strukturen sowie geopolitischer Interessen eine entscheidende Rolle. Diese zielen nicht auf das Wohl der Menschen ab, sondern führen stattdessen zu einer weiteren Ansammlung von Kapital bei einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung. Die grundlegende Ausrichtung der Digitalstrategie auf Schlüsseltechnologien und Marktmechanismen, um eine bessere internationale Position im DESI-Ranking und digitale Souveränität zu erreichen, führt zum IST-und-SOLL Abstand. Dieser verdeutlicht die Kluft zwischen den tatsächlich bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen, die eine gemeinwohlorientierte Digitalpolitik<sup>41</sup> angehen sollte, und den entkoppelten Vorstellungen, die in der Digitalstrategie propagiert werden.

---

<sup>40</sup> Vgl. Thomas Piketty, *Capital in the Twenty-First Century* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2018). <https://doi.org/10.4159/9780674982918>, <https://www.jstor.org/stable/10.2307/j.ctvjnrvx9>.

<sup>41</sup> Wikimedia Deutschland, „Acht Anforderungen: So kommt das Gemeinwohl in die Digitalpolitik,“ (2023), [https://www.wikimedia.de/wp-content/uploads/2023/08/Gemeinwohl-Veroeffentlichung\\_v6-1.pdf](https://www.wikimedia.de/wp-content/uploads/2023/08/Gemeinwohl-Veroeffentlichung_v6-1.pdf).

### **IST-Zustand**

Die reale Beschaffenheit der Gesellschaft in Deutschland

Wie kann ich diese Kluft überwinden? Und ist es überhaupt mein Ziel, dorthin zu gelangen?

### **SOLL-Zustand**

Vorgabe durch die Digitalstrategie

Der IST-und-SOLL Abstand beschreibt die Kluft zwischen den existierenden gesellschaftlichen Herausforderungen, die eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Digitalpolitik angehen sollte, und den entkoppelten Ideen, die in der Digitalstrategie propagiert werden.

© Anna Lena Menne

Um diese Kluft zu überwinden, ist es unerlässlich, den IST-und-SOLL Abstand anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, die die tatsächlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Eine umfassende Digitalstrategie sollte partizipativ gestaltet sein, um Gerechtigkeit und die individuelle Befähigung und Selbstbestimmtheit in den Fokus zu setzen. Themen wie technologischer Fortschritt und Marktmechanismen sollten hierfür differenziert betrachtet und zielgerichtet gestaltet werden, statt als oberste Maxime zu gelten.

Nur durch die Anerkennung und Integration der Vielfalt der Gesellschaft sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Herausforderungen aller Menschen können wir eine gerechte Gesellschaft und nachhaltige Lebensweise erreichen.

## **2. Realitätscheck: Der IST-Zustand**

Das folgende Kapitel widmet sich einer kritischen Analyse des gegenwärtigen Zustands der Digitalisierung in Deutschland.

Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der "digitalen Positionalität", das die vielfältigen Herausforderungen von Ungleichheit und Zugang in diesem Kontext beleuchtet. Die Relevanz einer ganzheitlichen Herangehensweise zur Bewältigung digitaler Herausforderungen wird hervorgehoben. Wir zeigen außerdem auf, wie das Konzept der digitalen Positionalität bei der Untersuchung von Kurzgeschichten aus der Strategie verdeutlicht, dass ein standardisierter Universal-Ansatz nicht ausreicht, um den komplexen Facetten der digitalen Realität gerecht zu werden. Ziel dieses Kapitels ist es, ein tieferes Verständnis für die aktuellen Herausforderungen der Digitalisierung in Deutschland zu schaffen und den Weg für eine gerechtere und nachhaltigere digitale Zukunft zu ebnen.

### **2.1 Ungleichheit und Zugang: Digitale Positionalität als neue Perspektive**

Die rasante Entwicklung der digitalen Technologien verspricht zahlreiche Potenziale und Chancen für unsere Gesellschaft. Um diese Vorteile bestmöglich zu nutzen, ist jedoch der ungehinderte Zugang zu IKT von entscheidender Bedeutung. Insbesondere vor dem Hintergrund der ambitionierten Digitalstrategie, die die umfassende Digitalisierung öffentlicher und kritischer Bereiche und Infrastrukturen wie Verwaltung, Bildung und Gesundheitswesen vorsieht, wird ein uneingeschränkter Zugang zu IKT zur Unvermeidbarkeit. Bedauerlicherweise zeigt die aktuelle Strategie mit ihrer einseitigen Betonung auf technische Aspekte, infrastrukturelle Maßnahmen und nur

sporadischer Berücksichtigung digitaler Kompetenzen ein veraltetes Verständnis digitaler Ungleichheit<sup>42</sup> und unterschätzt, was es bedeutet, tatsächlich Zugang zu den Chancen der Digitalisierung zu erhalten. Dadurch bleibt die Digitalstrategie weit hinter den Möglichkeiten zurück, bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten im digitalen Zeitalter wirksam anzugehen.

Die letzten Jahre waren geprägt von Spannung und Krisen in der deutschen, europäischen und globalen Gesellschaft. Der moderne Kapitalismus führt durch die Ausbeutung natürlicher und sozialer Ressourcen, insbesondere im globalen Süden, zu einer rasanten Veränderung unserer Lebensbedingungen. Gesellschaften werden begleitet von globalen Herausforderungen wie der Klimakrise, Finanzkrisen, Globalisierung sowie einer überstürzten Automatisierung und Digitalisierung. In dieser Zeit sind extreme Meinungen und die Suche nach Schuldigen allgegenwärtig. Eine immer offensichtlicher werdende Strategie ist es, soziale Medien und die Digitalisierung selbst für den Krisenzustand verantwortlich zu machen. Angesichts dieser Situation ist es entscheidend, die wachsenden Wissenslücken im digitalen Zeitalter zu schließen. Viele Menschen haben Schwierigkeiten, die komplexen Strukturen, Prozesse und Akteur\*innen hinter ihren vereinfachten Bildschirmen, von Smartphones und anderen Benutzer\*innenoberflächen, zu verstehen. Diese Undurchsichtigkeit verbirgt essenzielle Informationen und verhindert, dass Menschen verstehen können, wie Machtsysteme ihr Leben beeinflussen, und

---

<sup>42</sup> Vgl. Gesche Joost und Ramge Thomas, „Chancengleichheit: Und von oben winken die digitalen Gatsbys,“ zuletzt geprüft am 10.09.2023,

<https://www.zeit.de/digital/2020-05/chancengleichheit-coronavirus-krise-digitalisierung-wirtschaft-gerechtigkeit>.

beeinträchtigt somit ihre politische Selbstbestimmung.

Die digitale Ungleichheit ist dabei nur eines von vielen komplexen, miteinander verwobenen Problemen. Trotz flächendeckendem Breitbandzugang und einer zunehmend dichten Infrastruktur sind viele Menschen immer noch von der digitalen Welt abgeschnitten. Doch der technische Zugang allein ist nicht das einzige Problem. Der sozioökonomische Hintergrund entscheidet darüber, wer die digitale Welt wie nutzen kann, um die eigene Position in der Gesellschaft zu verbessern. Historische und gegenwärtige soziale Ungleichheiten werden oft in den digitalen Raum „mitgenommen“ und somit wieder in soziale Realitäten übertragen, was zu einem sich selbst verstärkenden Muster von Ungleichheiten führt.<sup>43</sup> Eine umfassende Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert daher einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht nur die Förderung von Infrastruktur und Kompetenzen in den Blick nimmt, sondern auch individuelle soziale Ressourcen sowie historische Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten berücksichtigt, die bis heute Gesellschaften auf der ganzen Welt strukturell durchziehen. Die Beseitigung tief verwurzelter Ungleichheit erfordert realistische Ziele und zielgerichtete Anstrengungen.

Statt eine Digitalstrategie zu verfolgen, die Teilhabe und Chancengleichheit proklamiert, jedoch strukturelle Probleme ignoriert, könnten aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive heraus neue Hebel benannt und umgesetzt werden, um entschlossen und mit Weitblick gegen fundamentale Ungleichheiten vorgehen. In diesem Kontext spielt das Konzept der digitalen Positionalität eine zentrale Rolle.<sup>44</sup>

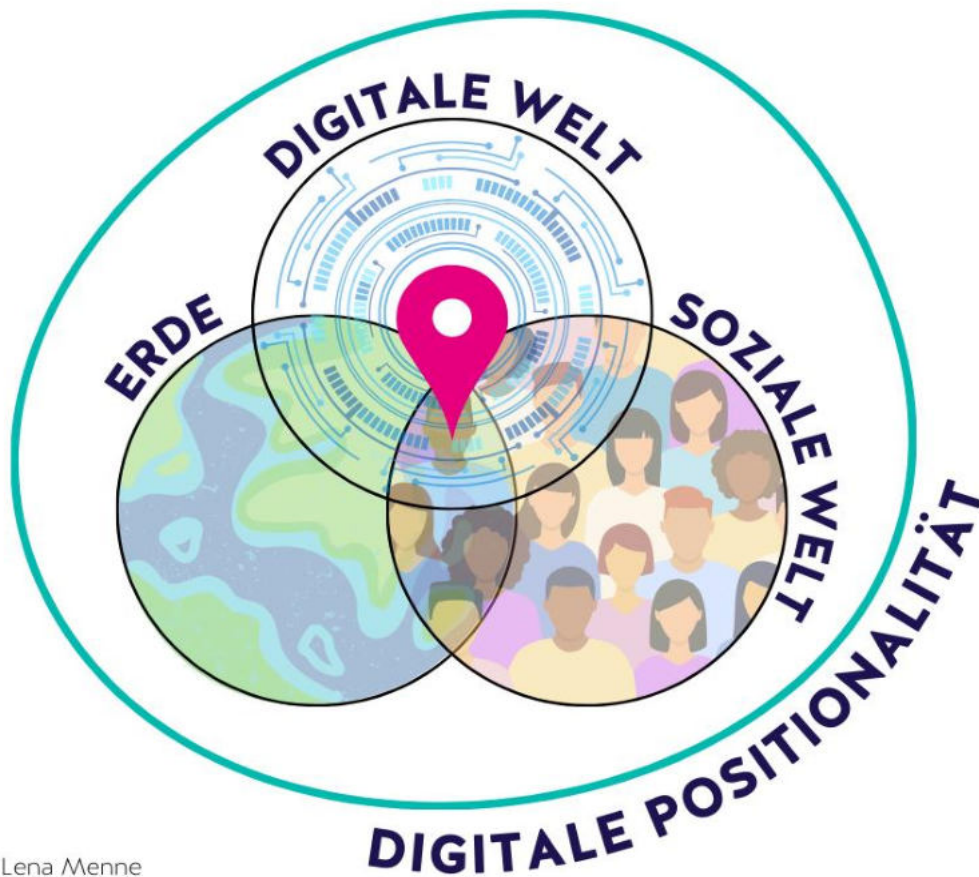
*Digitale Positionalität* ist vergleichbar mit einem einzigartigen Standort, der die dynamische Position und Wahrnehmung einer Person in der vernetzten Welt des digitalen Zeitalters beleuchtet. Sie wird durch die relativen Positionen einer Person in jeweils drei miteinander verbundenen Dimensionen bestimmt: die physische Welt (die Erde), die soziale Welt (Gesellschaft) und die digitale Welt (IKT). Jede Dimension trägt einzigartige Puzzlestücke zur digitalen Positionalität bei und beeinflusst, wie erfolgreich wir uns in der modernen Welt bewegen, also welche Chancen oder Hürden unser Leben im digitalen Zeitalter charakterisieren und wie diese unsere Lebenschancen und-qualität beeinflussen.

---

<sup>43</sup> Vgl. Adrian Leguina und John Downey, „Getting things done: Inequalities, Internet use and everyday life,” *New Media & Society* 23, Nr. 7 (2021), <https://doi.org/10.1177/14614448211015979>; Massimo Ragnedda, Maria L. Rui, und Felice Addeo, „Measuring Digital Capital: An empirical investigation,” *New Media & Society* 22, Nr. 5 (2020), <https://doi.org/10.1177/1461444819869604>

<sup>44</sup> Anna L. Menne, Alissa Steer, und Makeda Gershenson, „X-Tutorial Digital Positionality: A Journey of Reflection

and Empowerment in the Digital Age,” *GAMSSzine* 5 (2023), <https://www.iaaw.hu-berlin.de/de/querschnitt/medialitaet/gamszine-5.pdf/>; Anna L. Menne, Alissa Steer, und Makeda Gershenson, „X-Tutorial Digital Positionality: Designing a Qualitative Map Towards Epistemic Justice from the Bottom Up,” Humboldt Universität Berlin, zuletzt geprüft am 10.09.2023, <https://blogs.hu-berlin.de/medi-iaaw/2023/04/03/x-tutorial-digital-positionality-designing-a-qualitative-map-towards-epistemic-justice-from-the-bottom-up/>



© Anna Lena Menne

1. Die physische Welt (Erde): In dieser Dimension sind Faktoren wie das natürliche Lebensumfeld, der Standort und die Verfügbarkeit von physischer Infrastruktur entscheidend. Je nachdem, wo sich eine Person befindet, unterscheidet sich ihr Zugang zu IKT.
2. Die soziale Welt: Diese Dimension spiegelt die soziale Stellung einer Person wider. Es finden sich Puzzlestücke, die ihre Position in der Gesellschaft und ihre Rolle in sozialen Interaktionen definieren. Gesellschaft beeinflusst die digitale Positionalität maßgeblich, da soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital, wie auch persönliche Überzeugungen und Fähigkeiten, die Nutzung von IKT deutlich beeinflussen.
3. Die digitale Welt: Hier finden sich Elemente, die die relative Position einer Person im globalen Computernetzwerk bestimmen, wie ihr Zugang und Kompetenzen, die sozioökonomisch-technische Gestaltung von IKT und Personalisierung der Infrastrukturen.

## Brücken zwischen IST und SOLL

Die Dimensionen der digitalen Positionalität sind eng miteinander verknüpft, da sie sich gegenseitig beeinflussen. Einige Puzzleteile können relative Privilegien gewähren, während andere Hindernisse darstellen, die es zu überwinden gilt. Die digitale Positionalität einer Person ist jedoch nicht festgeschrieben; sie ist ein dynamisches Zusammenspiel zwischen der jeweiligen Person und den Strukturen der drei Dimensionen. Durch kontinuierliches Lernen, Veränderung und Engagement haben Menschen die Möglichkeit, ihre Lebenschancen selbstbestimmt zu verbessern und gemeinschaftlich an einer Veränderung der sie umgebenden, historisch häufig ungerechten, Strukturen zu arbeiten.

Diese beiden fiktiven Beispiele aus Deutschland und Italien verdeutlichen anschaulich die Relativität und Vielfältigkeit der digitalen Positionalität, selbst in Ländern mit einer vergleichsweise gut ausgebauten digitalen Infrastruktur:

*Eva, eine 50-jährige blinde Frau aus Deutschland, hat dank ihrer finanziellen Ressourcen assistive Technologien wie Screenreader erworben. Dadurch konnte sie ein erfolgreiches Online-Business aufbauen. So kann sie sich auch mit anderen blinden Unternehmenden vernetzen und ihr soziales Kapital ausbauen. Eva zeigt uns also, wie persönliche Ressourcen die digitale Positionalität einer Person verbessern und Chancen eröffnen können, die auf den ersten Blick nicht offensichtlich sind.*

*Luca ist ein 25-jähriger Mann aus Italien. Trotz seiner vermeintlich privilegierten Erscheinung kämpft Luca mit persönlichen Herausforderungen. Er lebt mit einer intellektuellen Behinderung, die es ihm erschwert, komplexe Technologien zu nutzen und die riesige Informationsflut im Internet zu bewältigen. Weil Luca Zugang zu IKT hat, erlebt er also psychische Belastungen und zeigt uns, dass digitale Positionalität durch individuelle Herausforderungen beeinflusst wird.*

Im Zuge einer zukunftsorientierten politischen Agenda ist es wichtig, die Menschen dazu zu befähigen, ihre Lebenschancen im digitalen Zeitalter selbstbestimmt zu verbessern. Hierfür bedarf es zweier maßgeblicher Schritte: Erstens müssen die kapitalistischen Strukturen in allen drei Dimensionen gründlich hinterfragt und angepasst werden, um eine strukturell gerechte Chancenverteilung zu gewährleisten. Zweitens gilt es, die Wissenslücke zu schließen und die undurchsichtigen Mechanismen der sozialen und digitalen Welt aufzudecken. Indem Menschen mit relevantem Wissen ausgestattet werden, wird das Spielfeld ausgeglichen und sie erhalten die bestmögliche Kontrolle über ihre Lebensentscheidungen zurück. Dieser Ansatz ermöglicht es jeder Person, aktiv ihre digitale Positionalität im Zeitalter der Digitalisierung entscheidend zu verbessern.<sup>45</sup> Doch über all dem schwebt die globale Herausforderung der Klimakrise. Wenn wir nicht entschlossen gegen den Klimawandel vorgehen, werden alle politischen Maßnahmen letztlich bedeutungslos, denn seine Auswirkungen stellen uns vor existenzielle

---

<sup>45</sup> Digitale Positionalität ist auch ein Bildungs- und Transformationsprojekt zur Stärkung unserer

Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter: [www.digitalpositionality.com](http://www.digitalpositionality.com) (zurzeit nur auf Englisch)

Herausforderungen. Es ist von höchster Bedeutung, die modernen und auf historischer Ausbeutung basierenden Zusammenhänge zwischen diesen drei Dimensionen zu verstehen und gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um eine nachhaltige digitale Zukunft zu gestalten.

Im Rahmen dieser Kritik widmen wir uns ausgewählten Kurzgeschichten aus allen Handlungsfeldern der Digitalstrategie, um sie auf ihre Implikationen für die digitale Positionalität der Menschen auf Erde, in der Gesellschaft und in der Technologie zu prüfen.

### **2.2 Kurzgeschichten im Prüfstand der Digitalen Positionalität**

Die Digitalstrategie bemüht sich an mehreren Stellen (allerdings bei weitem nicht durchgehend) durch sprachliche Repräsentation das Bild zu vermitteln, dass die Diversität der Gesellschaft wahrgenommen und in die Strategie einbezogen wird. Dass dies insbesondere in den Beispielen der Kurzgeschichten gut gemeint, aber nicht gerade gut gemacht ist, zeigen wir in diesem Kapitel. Trotz der Betonung von Diversität bleibt die Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Lebensumfeld, das die digitale Positionalität der Menschen prägt, oberflächlich. Sichtbar wird das besonders in den Kurzgeschichten der Digitalstrategie. Sie geben zwar einen anschaulichen Einblick in die verschiedenen Handlungsfelder, die Strategie versäumt es aber, die notwendigen politischen, finanziellen und sozialen Schritte zu berücksichtigen, um einen ernstzunehmenden Wandel hin zu einer gerechteren und gleichberechtigteren Gesellschaft zu

realisieren. Stattdessen zeigen auch die Kurzgeschichten das Risiko auf, dass bestehende strukturelle Ungleichheiten einfach in ein neues, digitales Format übertragen werden.

Insgesamt lassen die Kurzgeschichten oft regionale Kontexte und die Verfügbarkeit von notwendigen Infrastrukturen (die über den Breitbandausbau hinausgehen) außer Acht, oder ruhen sich inhaltlich allein auf der Verfügbarkeit einer sicheren und schnellen Internetverbindung aus. Ein Beispiel hierfür ist die Kurzgeschichte "SynErgie - energieflexible Industrie",<sup>46</sup> in der eine Autofabrik über firmeninterne Software den Fertigungsprozess weitestgehend automatisiert hat, sodass die Produktion insbesondere über Nacht, bei günstigeren Strompreisen, stattfinden kann. Supplementiert werden soll der Stromverbrauch über Photovoltaik-Anlagen auf dem Fabrikdach. Die Idee dahinter wird bereits jetzt von vielen Unternehmen intensiv verfolgt und Automatisierung ersetzt in vielen Branchen menschliche Arbeit. Doch der staatliche Beitrag wird in dieser Vision kaum deutlich. Die Verfügbarkeit von schnellem Internet und Ökostrom wird in der Kurzgeschichte einfach vorausgesetzt. Obwohl der massive Versorgungsunterschied zwischen urbanen und ländlichen Räumen in den letzten Jahren medial stark diskutiert und politisch adressiert wurde, bleibt er laut dem Breitbandatlas insbesondere im Hochleistungsbereich weiterhin bestehen. Die Verlegung der Kabel - die Versorgungsinfrastruktur - ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Sie beschreibt die theoretische Verfügbarkeit der Technologie.

---

<sup>46</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 39.

## Brücken zwischen IST und SOLL

Der tatsächliche Zugriff wird durch die weitere Hürde der Beiträge an die Versorgungsdienstleister\*innen beschränkt. Darüber hinaus hängt die tatsächlich nutzbare Bandbreite von einem ausreichend hohen Einkommen oder Zugang zu Kapital (z.B. bei ländlichen Betrieben über entsprechende Gewinnspannen oder Finanzierungsoptionen), sowie von der individuellen digitalen Kompetenz ab.

Ähnlich gestaltet es sich in der Kurzgeschichte "Nachhaltige Digitalisierung in Landwirtschaft und ländlichen Betrieben",<sup>47</sup> in der die Kühe des Milchbetriebs mit elektronisch personalisierten Hals- und Fußbändern passgenau gemolken und gefüttert werden sollen. Das Unkraut sollen kamera- und satellitengesteuerte Hackgeräte jäten, um die Umweltbelastung durch Pflanzenschutzmittel zu minimieren. Während hier die grundlegende Überlegung zu Umwelt- und Tierschutz deutlich wird, bleibt die Umsetzbarkeit dieser Vision bei einer stetig zurückgehenden Anzahl an Milchbetrieben und bei steigender Anzahl an Milchkühen pro Betrieb<sup>48</sup> sowie geringeren Milchpreisen<sup>49</sup> fraglich. Die Kosten für die Umstrukturierung eines Betriebs und die Anschaffung der nötigen Hard- und Software werden in der Kurzgeschichte nicht thematisiert. Auch die Nachhaltigkeit bei der Produktion von mehreren hunderten personalisierten Mikrochips pro Betrieb wird außer Acht gelassen. Es ist zu erwarten, dass sich diese Umstellung nur sehr große Betriebe mit entsprechendem Zugang zu

ausreichend (Investitions-)Kapital leisten können - und dann ihren Marktvorsprung noch weiter ausbauen werden. Gefahren oder Unterstützung für die immer geringere Anzahl an kleineren Familienbetrieben werden nicht thematisiert.

Mehrere Kurzgeschichten in der Strategie erwähnen den Einsatz von KI-Anwendungen. Keine von ihnen setzt sich dabei allerdings kritisch mit den Chancen und Risiken bei der Anwendung von KI auseinander, und auch Voraussetzungen für eine einheitlich gerechte Herangehensweise werden nicht weiter erörtert. Während die Kurzgeschichte "KIKStart (KI für KMU und Start-ups)"<sup>50</sup> explizit die staatliche Förderung für KI-Anwendungen für ein Beispielunternehmen hervorhebt, wird der Einsatz von KI für die bessere Verständlichkeit von Behörden-texten und Formularen in der Kurzgeschichte "KI-Technologien für den gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt nutzbar machen"<sup>51</sup> ins Ehrenamt verlagert. Das Team von KI-Entwickler\*innen soll zwar zu Beginn auf eine Zusammenarbeit mit den Ämtern zurückgreifen können, geht jedoch für den gesellschaftlichen Nutzen erst einmal selbst in Vorleistung. Das bereits jetzt bestehende Ungleichgewicht in der staatlichen Förderung zugunsten von technisch orientierten Start-ups und einer weitaus geringeren Fördermenge für Unternehmensgründungen im Bereich "social entrepreneurship" wird damit auch in dieser Zukunftsvision nicht durchbrochen, sondern weiter perpetuiert.

<sup>47</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 41.

<sup>48</sup> Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, „Entwicklungen am deutschen Milchmarkt: Ein Überblick,“ zuletzt geprüft am 04.10.2023, <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/agrarmerkte/entwicklungen-milchmarkt-de.html>.

<sup>49</sup> Sandra Ahrens, „Aktueller Milchpreis bis Juli 2023,“ zuletzt geprüft am 04.10.2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/380546/umfrage/preis-von-kuhmilch-in-deutschland/>.

<sup>50</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 30.

<sup>51</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 23.

## Brücken zwischen IST und SOLL

Die individuelle Positionierung der Unternehmen und der Privatpersonen sowie eine Trennung entlang der Kategorie “wirtschaftlich produktiv” und “gesellschaftlich/gesellschaftlich-orientiert” haben somit einen starken Einfluss auf den Zugang zu KI-Anwendungen und ihren Finanzierungsmöglichkeiten.

Des Weiteren konzentrieren sich mehrere Kurzgeschichten auf die Etablierung von Internetportalen, auf denen öffentlich wichtige Informationen für Bürger\*innen zukünftig gebündelt und besser auffindbar dargestellt werden sollen. Die Verbesserung des Wissensmanagements und der -vermittlung sind unterstützenswert. Allerdings hängt die Strategie mit ihren Ideen hier ebenfalls Jahre hinterher und das “Aufsetzen einer Webseite” wird zur Minimallösung. Beispiele hierfür bieten die Kurzgeschichten “Einfach und sicher spenden!”, “Portal umwelt.info” und “Digitale Familienassistenten”.<sup>52</sup> Alle drei Kurzgeschichten streben ein besser navigierbares, mit Datenbanken verknüpftes Content Management System (CMS) an, mit dessen Hilfe die öffentliche Kommunikation verbessert werden soll. Wie auf diesen Portalen, insbesondere bei einer Verknüpfung mit Datenbank-Suchen, Barrierefreiheit hergestellt werden soll, wird nicht thematisiert und auch nicht, dass bereits das Aufsuchen und Nutzen dieser Portale unterschiedlichen Hürden unterliegt. Diese Hindernisse sind beispielsweise die individuelle digitale Kompetenz, ein bezahlbarer und ausreichend schneller Internetzugang, sowie das grundlegende Wissen darüber, dass diese Informationen zur Verfügung gestellt

werden, was stark über das gesellschaftliche und professionelle Netzwerk bedingt sein kann.

Besonders deutlich werden diese Aspekte der digitalen Positionalität, bei der Kurzgeschichte “Ökosystem digitale Identitäten”.<sup>53</sup> Hier eröffnet eine Studentin online mithilfe ihrer digitalen Identität ein Konto bei ihrer Bank und kann ihren BAfÖG-Antrag über das kostenlose WLAN im Zug finalisieren. Sowohl ihr Smartphone mit aktuellem Betriebssystem als auch ihr Zugticket selbst sind abhängig von finanziellen Ressourcen, die nicht für jede Person sichergestellt sind. Kostenloses WLAN in allen Zügen wirkt sich nur dann positiv aus, wenn sich alle Menschen ein technisch aktuelles Endgerät, das sie bedienen können, sowie Fahrkarten für die Zugfahrt leisten können und sich Pendelzeiten mit dem ÖPNV durch ein gut ausgebautes und instandgesetztes Streckennetz auch zeitlich angemessen erweisen. Hinzu kommt, dass die Kurzgeschichte weder thematisiert, wie die Erstellung von Nutzer\*innenprofilen im Sinne des Datenschutzes verhindert werden soll,<sup>54</sup> noch, wie die Datensicherheit im öffentlichen WLAN im Zug gewährleistet werden soll. Insbesondere ein BAfÖG-Antrag mit hochsensiblen persönlichen und finanziellen Daten, einschließlich Kontonummern, bedarf einer sicheren Serververbindung. Ein entsprechendes Konzept für die Umsetzung und die Sensibilisierung der Nutzer\*innen fehlt hier.

---

<sup>52</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 28, 38, 45.

<sup>53</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 42.

<sup>54</sup> Insbesondere, da die digitale Identität auch auf nicht-staatlichen Plattformen genutzt werden soll und die Datenweitergabe bei privaten Unternehmen einem starken finanziellen Anreiz unterliegt.

Die Digitalstrategie bietet keine Visualisierung in Form einer Kurzgeschichte für die wichtigen Abschnitte "Schutz und Kompetenz im digitalen Raum",<sup>55</sup> obwohl gerade hier eine Hinterfragung von "Machtstrukturen im digitalen Wandel" und eine Auseinandersetzung mit "neuen Perspektiven und Denkansätzen" versprochen wird. Das Thema "digitale Gewalt" wird zwar angerissen, "geschützte Räume"<sup>56</sup> für vulnerable Gruppen für gegenseitigen Austausch und Positionierung werden jedoch separat vom Allgemeinraum gedacht. Fraglich wäre hier, wie der Zugang überhaupt reguliert werden sollte, viel gefährlicher für die demokratische Diskussion ist jedoch der Ansatz, die politischen Diskussionen dieser Gruppen damit aus dem digitalen gesellschaftlichen Raum herauszuziehen und "auszulagern". Damit würde der bereits bestehende Rückzug aus dem Digitalen von Mitgliedern dieser Gruppen noch verstärkt und die politische Bühne anderen Gruppierungen überlassen. Hier wäre es besonders interessant, wie sich die Bundesregierung eine entsprechende Umsetzung vorstellt.

Bereits diese kleine Auswahl an Aspekten aus Kurzgeschichten der Digitalstrategie zeigt, wie komplex der Zugang zu den Chancen der Digitalisierung ist und wie eine Vernachlässigung kritischer Reflexion zur Verstärkung bestehender Ungleichheiten beitragen kann. Somit wird deutlich, wie entscheidend es ist, das Zusammenspiel der drei Dimensionen von digitaler Positionalität – Erde, Gesellschaft, und IKT – sowie die individuellen Gegebenheiten für unterschiedliche Menschen – den IST-Zustand der Bevölkerung – bei dem Verfassen einer Digitalstrategie zu berücksichtigen. Bei der

Bereitstellung der meisten in der Strategie vorgestellten Angebote drohen wir Personen mit niedrigem Einkommen, weniger stark ausgeprägter Digital Literacy, auf dem Land lebend oder mit anderweitig erschwerem Zugang zu digitaler Technologie außer Acht zu lassen. Eine Vielzahl von Personen kann dadurch von der Digitalisierung nicht profitieren und Ungleichheiten bleiben bestehen.

### **3. Zukunftsgestaltung: Der SOLL-Zustand**

In diesem Kapitel wenden wir uns dem SOLL-Zustand der Digitalisierung in Deutschland zu und fokussieren uns dabei auf das Leitmotiv der digitalen Souveränität. Diese soll die Eigenständigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in einer digitalisierten Welt fördern. Durch den IST-SOLL-Abstand birgt die Erreichung von digitaler Souveränität jedoch die Gefahr, wirtschaftliche Interessen anstelle von gesellschaftlichen zu priorisieren sowie polarisierendes Denken zu verstärken. Um dies zu verhindern, braucht es eine partizipative Digitalpolitik. Wie sie gestaltet werden kann, zeigen wir im Schlussteil des Kapitels.

#### **3.1 Digitale Souveränität Deutschlands und Europas**

Die Erreichung digitaler Souveränität Deutschlands und Europas ist neben dem Ausbau der IKT-Infrastruktur ein zentrales Ziel der Digitalstrategie. Laut der Bundesregierung wird darunter die Fähigkeit von Individuen und Institutionen verstanden, sich selbstständig, selbstbestimmt und sicher in

---

<sup>55</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 24f.

<sup>56</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 7.

der digitalisierten Welt bewegen zu können.<sup>57</sup> Konkret geht es dabei sowohl um die Reduzierung von Abhängigkeiten von großen Tech-Unternehmen als auch um die Schaffung einer Digitalpolitik im Einklang mit europäischen Werten. Beispielsweise sollen der Staat und die öffentliche Verwaltung, die Wirtschaft und die Gesellschaft in Deutschland künftig selbst darüber entscheiden können, welche Daten sie mit Dritten teilen und welche digitalen Dienste und Systeme sie in Deutschland und Europa nutzen wollen. Um zeitnah Alternativen zu Google, Amazon, TikTok und anderen außereuropäischen Tech-Unternehmen anbieten zu können, setzt die Bundesregierung auf "eine zielgerichtete Innovationsförderung, den Ausbau von Kompetenzen in Schlüsseltechnologien wie Softwareentwicklung und Mikrochips, Sensoren, Künstlicher Intelligenz (KI), Quantencomputern, Kommunikationstechnologien, den Ausbau einer fortschrittlichen digitalen Infrastruktur, die konsequente Förderung von Open Source-Ansätzen" sowie die Schaffung von Regulierungen von neuen Technologien. Auch Maßnahmen in den Bereichen Cybersicherheit, Desinformation und Plattformregulierung spielen eine wichtige Rolle.<sup>58</sup>

Digitale Souveränität muss aus einer ganzheitlichen, globalen Perspektive betrachtet werden, um strategisch langfristige Lösungen anzubieten. Generell erhält die Klimakrise, die größte Herausforderung der jetzigen und zukünftigen Generationen, dabei einen zu geringen Stellenwert.

Wie soll jedoch digital souveränes Handeln erreicht werden, wenn gleichzeitig die Lebensgrundlage von Menschen vernichtet wird? Für den geplanten Ausbau von Schlüsseltechnologien braucht es daher eine viel größere Anzahl an innovativen Maßnahmen, um beispielsweise eine nachhaltige Nutzung von Serverzentren und die umweltschonende und faire Herstellung, Reparatur und Entsorgung von Soft- und Hardware zu gewährleisten. Wäre die Strategie partizipativ angelegt, könnten bereits vorhandene Ideen und Initiativen aus allen Teilen der Gesellschaft bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass der Fokus auf Deutschland und Europa eine Kooperation mit außereuropäischen Staaten, zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Tech-Unternehmen grundsätzlich herabstuft. Es wäre sinnvoller, wenn sich die Bundesregierung stattdessen noch präsenter für globale Standards und Regulierungen einsetzt und vor allem im sogenannten Globalen Süden gezielter nach Verbündeten sucht, die eine Digitalisierung voranbringen und gleichzeitig die Umwelt schützen und Menschenrechte stärken wollen.

Generell führt die Förderung von digitaler Souveränität zu Zielkonflikten zwischen den Interessen des Staates, der Wirtschaft und von Individuen. Zum Beispiel könnten beim geplanten Einsatz von KI im Kampf gegen Desinformation<sup>59</sup> Grundrechte wie Meinungs- und Kunstfreiheit oder Zugangsrechte eingeschränkt werden. Denn in der Digitalstrategie bleiben Fragen zur Transparenz bei dieser Maßnahme offen:

---

<sup>57</sup> Bundesministerium des Innern und für Heimat, "Digitale Souveränität", zuletzt geprüft am 06.01.2024, <https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/digitale-souveraenitaet/digitale-souveraenitaet-node.html>.

<sup>58</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 2.

<sup>59</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 7.

Welche Instanz kontrolliert den Einsatz von KI und nach welchen Kriterien werden die Inhalte gefiltert? Was passiert, wenn dabei Fehler gemacht werden? Welche langfristigen Auswirkungen hat der Einsatz von KI auf Gesellschaften und die Umwelt?

Auf EU-Ebene werden zahlreiche wegweisende Entscheidungen in Bezug auf die Digitalpolitik getroffen. Daher ist es nachvollziehbar, dass die Bundesregierung nicht nur die digitale Souveränität Deutschlands, sondern Europas fördern möchte. Doch das führt zu weiteren Zielkonflikten, zum Beispiel beim Thema Verschlüsselung. Unter anderem plant die Europäische Union eine neue Regulierung, um sexualisierte Online-Gewalt gegen Kinder einzudämmen: die Chatkontrolle (Child Sexual Abuse Regulation, CSAR). Ein umstrittener Entwurf dieser Regulierung ist zuletzt gescheitert, da darin Online-Dienste verpflichtet worden wären, eigenhändig die Identifikation von illegalen Inhalten und Täter\*innen mittels automatisierter Durchsuchung von allen Kommunikationskanälen ihrer Nutzer\*innen durchzuführen.<sup>60</sup> Das hätte die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung abgeschafft. Dabei sind vor allem Menschen, die bedroht und beobachtet werden, wie Menschenrechtsverteidiger\*innen, Journalist\*innen und Geflüchtete auf sichere Kommunikationswege angewiesen. Wenn solch eine Massenüberwachung erst einmal eingeführt ist, kann sie zukünftig für weitere Straftatbestände eingesetzt werden. Im neuen Entwurf der Regulierung wird die Verschlüsselung nicht mehr abgeschafft, doch die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

---

<sup>60</sup> European Digital Rights, „A safe internet for all: Upholding private and secure communications,“ (2023), <https://edri.org/wp-content/uploads/2022/10/EDRI-Position-Paper-CSAR.pdf>.

Es gibt viele EU-Staaten, die sich nicht ausreichend für die digitale Souveränität der Bürger\*innen einsetzen. Die klare Ablehnung der Abschaffung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung seitens der Bundesregierung hat sich ebenfalls lange hingezogen und muss in den Verhandlungen im EU-Rat weiterverfolgt werden.<sup>61</sup> Die Abschlussverhandlungen zur Chatkontrolle werden voraussichtlich erst nach der EU-Wahl im Juni 2024 zu einem Ergebnis führen. Die Bedeutung eines zeitgemäßen Kinderschutzes ist zweifellos hoch. Allerdings muss sorgfältig abgewogen werden, inwiefern staatliche Maßnahmen Grundrechte beschränken und damit potenziell das Gemeinwohl gefährden.

Die Priorisierung digitaler Souveränität von Staat und Wirtschaft zeigt sich auch an dem großen Mangel an partizipativen Maßnahmen, mit dem die Gesellschaft den digitalen Wandel mitgestalten kann. Stattdessen werden die Aus-, Fort- und Weiterbildung von digitalen Kompetenzen als ein Allheilmittel für jegliche Barrieren und Chancenungleichheiten präsentiert.<sup>62</sup> Zwar wird dabei die Inklusion von unterrepräsentierten Gruppen, wie Frauen und Mädchen sowie älteren Menschen, erwähnt, doch führt Inklusion nicht automatisch zu Selbstermächtigung. Es müsste zunächst grundlegend analysiert werden, warum diese Gruppen bei der Digitalisierung benachteiligt sind und welche unterschiedlichen Bedürfnisse, Chancen und Herausforderungen, sprich welche digitale Positionalität (siehe Kapitel 2.1), sie haben.

<sup>61</sup> Konstantin Macher, „EU-Abgeordnete gegen Chatkontrolle,“ zuletzt geprüft am 21.01.2024, <https://digitalcourage.de/blog/2023/chatkontrolle-libe-beschluss>.

<sup>62</sup> Bundesministerium für Digitales und Verkehr, „Digitalstrategie,“ 13.

Aus diesem Grund braucht es dringend eine partizipative Digitalpolitik, die bestehende Machtunterschiede sichtbar macht und schrittweise abbaut. Wie das gelingen kann, zeigen wir im nächsten Kapitel.

### **3.2 Einbeziehung der Gesellschaft:**

#### **Wie geht es besser?**

Es besteht ein dringender Bedarf an einer umfassenderen und diversitätssensiblen Ausgestaltung der Digitalstrategie für Deutschland, um den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden und eine ernstzunehmende partizipative Digitalisierung zu ermöglichen. Bessere Partizipationsmöglichkeiten setzen an den in Kapitel 1.2 zum IST-und-SOLL-Abstand thematisierten Widersprüchen an und können diese sogar auflösen. Im ersten Widerspruch manifestiert sich einerseits das Bewusstsein für die Herausforderungen der Digitalisierung und andererseits das klare Streben nach digitaler Transformation. Partizipation ermöglicht es, die gesellschaftlichen Herausforderungen der Digitalisierung gründlich zu analysieren und gezielte Maßnahmen zu identifizieren. Menschen können befragt werden, welchen Grad an Digitalisierung sie für die Bewältigung bestimmter Herausforderungen als notwendig erachten und wo die Digitalisierung neue Probleme schaffen könnte. Im zweiten Widerspruch wurde klar, dass die Strategie einerseits versucht, Zukunftsvisionen zu vermeiden, während sie andererseits utopische Ideen hervorbringt. Durch eine gelungene Partizipation können Menschen aktiv mitgestalten, welche Zukunft sie sich für Deutschland vorstellen und welche Werte die Gestaltung der Digitalisierung prägen sollten.

Die Einbeziehung ihrer vielfältigen digitalen Positionalitäten ermöglicht realistische Ideen und schafft eine ausgewogene Zukunftsperspektive. Im letzten Widerspruch steht der Anspruch, menschenzentriert zu sein, im Kontrast zur mangelnden praktischen Umsetzung und den begrenzten Beteiligungsmöglichkeiten. Die Lösung dieses Widerspruchs liegt in der Partizipation selbst. Wenn Menschen aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, können sie sicherstellen, dass die Digitalstrategie tatsächlich auf ihre diversen Bedürfnisse eingeht. Dies führt zu einer verbesserten Umsetzung und einer größeren Lebensnähe der Strategie. Im Folgenden wird beispielhaft in einzelnen Aspekten beleuchtet, welche vielfältigen Anknüpfungspunkte zur Einbeziehung der digitalen Gesellschaft in Deutschland bestehen. Konkrete Hinweise zur Umsetzung finden sich in den Handlungsempfehlungen.

Die anvisierten Ziele und Prozesse von digitalpolitischen Vorhaben, wie der Erarbeitung einer Digitalstrategie, sollten von Beginn an offen und transparent dargelegt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass gesellschaftliche Bedürfnisse bereits in der Zielsetzung mit in den Prozess einfließen können. Sowohl auf prozeduraler als auch auf inhaltlicher Ebene sollte leicht verständlich deutlich gemacht werden, worauf die Digitalstrategie abzielt und was sie bewirken soll. Es sollte durchgängig benannt werden, welche Akteur\*innen und Personen involviert sind und begründet werden, welchen Mehrwert diese für die Digitalstrategie bieten. Inhaltliche Entscheidungen sollten offen kommuniziert und begründet werden, um aufzuzeigen, warum bestimmte Themen und Schwerpunkte gewählt wurden.

Dies unterstützt nicht zuletzt die Akzeptanz und Umsetzungswahrscheinlichkeit der Digitalstrategie.

Die Beteiligung relevanter erkannter zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen ist unabdinglich und sollte in einer angemessenen Qualität und Häufigkeit erfolgen. Statt wie bisher "Sammeltermine" mit Multistakeholdern abzuhalten, die mehr der Kommunikation als dem Austausch dienen, sollten der Raum und die Rahmenbedingungen für ernstzunehmende Partizipation geschaffen werden. Eine inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, die Auswahl relevanter Teilnehmender mit einer angemessenen Diversität sowie das Schaffen einer angenehmen, offenen Atmosphäre sind hierfür unabdinglich.

Die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen und insbesondere der intersektional-feministischen Perspektive sollte auf allen Ebenen der Strategie aufgegriffen werden. In der Vision, den Missionen, Leitlinien und schließlich auch in den Handlungsfeldern und Maßnahmen sollte reflektiert und offengelegt werden, wie die zivilgesellschaftliche Perspektive und Expertise fortlaufend einbezogen wird. Das heißt: Wichtig ist eine grundsätzliche Verankerung der gesellschaftlichen Perspektive im Leitbild der Digitalstrategie, um die Bedeutung und Relevanz gesellschaftlicher Expertise zu unterstreichen, statt sie wie bisher als Prosa im Text der Digitalstrategie untergehen zu lassen.

Konkrete Vorschläge zur besseren Einbeziehung der Zivilgesellschaft und einer gesellschaftlicheren Ausrichtung der Digitalpolitik wurden zu Beginn der Legislaturperiode im April 2021 durch einen Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, unter anderem feministisch-intersektional ausgerichtete Organisationen wie netzforma\* und Superrr Lab, erarbeitet und im Heft "Per Anhalter durch die digitale Zukunft" veröffentlicht.<sup>63</sup> Mit viel Motivation und Engagement wurden proaktiv konkrete und umsetzbare Vorschläge wie die Formulierung einer Mission für eine digital-souveräne Gesellschaft, die Erarbeitung einer Feminist Tech Policy und die paritätische Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in Beratungsgremien und Gesetzesentwürfen neben vielen weiteren ideenreichen Vorschlägen veröffentlicht.

Doch auch darüber hinaus bedarf die Vielfalt unserer Gesellschaft einer differenzierteren Betrachtung und Reflexion. Insbesondere die nicht ausreichend wahrgenommene Gesellschaft in Deutschland muss in digitalpolitische Vorhaben einbezogen werden (s. Kapitel 2.1): Welche gesellschaftlichen Bedarfe und Bedürfnisse müssen in die Gestaltung der Digitalpolitik einfließen? Dies betrifft die konkrete Ausgestaltung von Digitalprojekten, aber auch gesetzliche Regelungen und den Zugang zu, und Einsatz von, Technologien. Statt eines Universal-Ansatzes, bedarf es einer differenzierten Betrachtung und Reflexion. Je nach Kontext und Thematik ist die Einbeziehung von nicht ausreichend wahrgenommenen Gruppen wie Frauen\*,<sup>64</sup> LGBTQIA+-Communities, BIPoC-Communities, postmigrantischen

---

<sup>63</sup> Digitale Zivilgesellschaft, „Vier Forderungen für eine digital-souveräne Gesellschaft: Digitale Zivilgesellschaft 2021,“ zuletzt geprüft am 04.10.2023, <https://digitalezivilgesellschaft.org/>.

<sup>64</sup> Mit Frauen\* meinen wir in diesem Paper alle Personen, die sich diesem Attribut zugehörig fühlen.

Perspektiven, älteren Menschen, Menschen mit Behinderung und weiteren häufig übersehenen Gruppen notwendig. Dies erfordert, dass aktiv nach Personen in verschiedenen Lebenssituationen gesucht und sich bemüht wird, Partizipationsräume außerhalb bestehender politischer Strukturen zu schaffen. Diese Räume sollten Menschen die Möglichkeit geben, in ihren eigenen Worten zu sprechen, ohne von vordefinierten Rahmen eingeschränkt zu werden. Hier sollten sie sich gesehen, respektiert und gehört fühlen. Dabei ist es entscheidend, auf ihre vielfältigen digitalen Positionalitäten einzugehen. Die Politik sollte entsprechende Unterstützung leisten, sei es durch finanzielle Mittel oder andere Ressourcen, und die Möglichkeit schaffen, dass Menschen ihre Expertise entfalten und ihre Selbstbestimmung ausleben können. Dies erfordert einen offenen und inklusiven Ansatz, der neuen Raum für die vielfältigen Stimmen und Perspektiven unserer Gesellschaft schafft und die Entfaltung von Potenzialen ermöglicht, die bisher oft übersehen wurden.

Dieses Papier verdeutlicht, dass es stichhaltige Gründe und vielfältige Anknüpfungspunkte gibt, um die deutsche Gesellschaft in die Gestaltung der Digitalisierung besser einzubeziehen. Diese Einbeziehung darf dabei nicht als einmaliges Ereignis betrachtet und dann abgehakt werden, sondern muss in allen Phasen digitalpolitischer Strategie- und Umsetzungsvorhaben fortlaufend praktiziert und ernsthaft umgesetzt werden. Die Vielfalt engagierter Personen, existierender Formate und entwickelter Ideen sollten unbedingt aufgegriffen und einbezogen werden. Die Politik sollte – statt wie bisher top-down die Einbeziehung einzufordern und aufzuzwingen – an der gesellschaftlichen Realität und bereits bestehenden Ideen in

den verschiedenen Communities ansetzen, einen guten Rahmen für Beteiligung und Transparenz schaffen und somit für erstzunehmende Partizipation sorgen. Nur wenn die gesellschaftliche Expertise von anerkannten zivilgesellschaftlichen und nicht ausreichend wahrgenommenen Gruppen in die Gestaltung der Digitalisierung einfließt, kann diese unter Werten wie Transparenz, Zukunftsfähigkeit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit stattfinden. Im Sinne einer intersektional-feministischen Digitalpolitik kann Digitalisierung nicht als Universal-Ansatz aufgezwungen werden, sondern bedarf einer gemeinsamen gesellschaftlichen Gestaltung, die soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten offenlegt und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

### 4. Mach neu(n): Handlungsempfehlungen für eine gerechte und nachhaltige Digitalpolitik

Von Beginn an erntete die Digitalstrategie der Bundesregierung viel Kritik. Ein zentrales Element war dabei die unzureichende Einbindung der Zivilgesellschaft im Vorfeld – und auch ein Jahr nach Veröffentlichung lässt sich dieser Vorwurf bisher kaum entkräften. Die durch Polis180 und netzforma\* vorgenommene Betrachtung des Strategiepapiers aus intersektional-feministischer Perspektive zeigt, welche Widersprüche, fehlerhaften Grundannahmen und Zielkonflikte die Digitalstrategie herstellt, wenn auf einen partizipativen Prozess verzichtet wird. So fanden viele Facetten des Lebens in einer diversen (digitalen) Gesellschaft keinen Eingang in das Papier oder

ihre fehlende Kontextualisierung führte zu unzureichenden Schlussfolgerungen.

Die folgenden Handlungsempfehlungen, zusammengeführt aus der Untersuchung der Digitalstrategie mithilfe einer IST-SOLL-Analyse und der Verwendung der Konzepte Digitale Positionalität sowie Digitale Souveränität, sollen politische Entscheidungsträger\*innen bei der Gestaltung einer gerechten und nachhaltigen Digitalpolitik unterstützen.

Keine der Empfehlungen kann isoliert betrachtet werden und in den Empfehlungen sind Forderungen anderer Akteur\*innen enthalten, da für die politische Transformation ein kollektives Handeln auf allen Ebenen unerlässlich ist. Wie das Papier darlegt, erfordert eine ganzheitliche Bewältigung der derzeitigen Herausforderungen einen umfassenden Ansatz, der nicht nur auf der Förderung von Infrastruktur und Kompetenzen basiert, sondern auch individuelle soziale Ressourcen sowie historische Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten berücksichtigt, die bis heute Gesellschaften weltweit strukturell durchziehen.

### **1. Gesellschaftliche Vielfalt in der Digitalpolitik abbilden**

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen unterschiedliche Ausgangssituationen, Bedürfnisse und Chancen haben und von unterschiedlichen Diskriminierungen betroffen sind. Das reale und das

digitale Leben verschwimmen zunehmend und Studien zeigen, dass sich die negativen Phänomene wie Diskriminierung und Rassismus im digitalen Raum sowie im Umgang mit digitalen Technologien oft noch verstärken.<sup>65</sup> Um dem etwas entgegenzusetzen, ist es wichtig, dass in der Planung und Umsetzung digitalpolitischer Vorhaben möglichst viele Positionen und Erfahrungen miteinbezogen werden.

#### *Unsere Forderungen*

- Digitalpolitische und strategische Vorhaben sollten gesellschaftliche Vielfalt in zentralen Strukturelementen verankern, beispielsweise in einer Vision, strategischen Leitplanken und einer entsprechend ausformulierten Mission, wie es zu Beginn der Legislaturperiode von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den "Vier Forderungen für eine digital-souveräne Gesellschaft" gefordert wurde.<sup>66</sup>
- Bei der Besetzung digitalpolitischer Beteiligungsgremien – wie dem Beirat zum Monitoring der Digitalstrategie – und der Entwicklung von Strategien sollten Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihres Alters, ihrer Herkunft, aufgrund von Behinderung oder

<sup>65</sup> Amnesty International, „Toxic Twitter – A Toxic Place for Women,“ *Amnesty International*, 21.03.2018, zuletzt geprüft am 18.11.2023, <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2018/03/online-violence-against-women-chapter-1-1/>; Doris Allhutter und Astrid Mager, „Ein Algorithmus für Arbeitslosigkeit?,“ *TATuP - Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis* 30, Nr. 1 (2021), <https://www.tatup.de/index.php/tatup/article/view/6869>; Joy Buolamwini und Timnit Gebru,

„Gender Shades: Intersectional Accuracy Disparities in Commercial Gender Classification,“ in *Proceedings of the 1st Conference on Fairness, Accountability and Transparency*, hrsg. von Sorelle A. Friedler und Christo Wilson, *Proceedings of Machine Learning Research* (PMLR, 2018), <https://proceedings.mlr.press/v81/buolamwini18a.html>, 81.

<sup>66</sup> Digitale Zivilgesellschaft, „Vier Forderungen für eine digital-souveräne Gesellschaft.“

anderer diskriminierender Zuschreibungen ausgegrenzt werden, besonders berücksichtigt sowie Intersektionalität bedacht werden.

- Digitalisierungsvorhaben und ressortübergreifende politische Maßnahmen sollten von Beginn an barrierefrei gestaltet werden, um sicherzustellen, dass Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten gleichermaßen davon profitieren können.
- Es sollten umfassende Untersuchungen von digitaler Ungleichheit aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive durchgeführt und gefördert werden. Dies erfordert eine systematische Betrachtung, die die vielfältigen Dimensionen von Diskriminierung und Ungerechtigkeit berücksichtigt.

### **2. Stärkeren Fokus auf Nachhaltigkeit in der Digitalpolitik setzen**

Die Digitalisierung muss dringend stärker an aktuellen und perspektivischen sozialen und ökologischen Veränderungsprozessen und damit einhergehenden Bedürfnissen ausgerichtet werden. Akteur\*innen im Bereich der Digitalpolitik sollten ihr Verständnis von Digitalisierung dringend um gesellschaftliche und sozial-ökologische Aspekte erweitern und strategische Vorhaben sowie Transformationsprozesse daran ausrichten. Wegweisend kann hier der Forderungskatalog der Konferenz für Digitalisierung und Nachhaltigkeit "Bits und Bäume" sein.<sup>67</sup>

<sup>67</sup> Bits und Bäume, „Digitalisierung zukunftsfähig und nachhaltig gestalten. Politische Forderungen der Bits & Bäume 2022,“ [https://bits-und-](https://bits-und-baeume.org/assets/images/pdfs/Bits_und_Baeume_Politische_Forderungen_deutsch.pdf)

### *Unsere Forderungen*

- Bei der Entwicklung und dem Ausbau von IKT-Infrastruktur müssen nachhaltige Technologien und klimaneutrale Infrastrukturen eingesetzt werden, um Umweltschäden zu stoppen. Existierende IKT-Infrastrukturen sollten daraufhin überprüft und umgestaltet werden, um klimaneutral zu agieren.
- Um eine global nachhaltige digitale Zukunft zu gewährleisten, muss die Expertise zu klimaneutraler Infrastruktur in internationalen Gremien geteilt werden sowie eine umfassende soziale und ökologische Risikokostenfolgenabschätzung erfolgen.

### **3. Digital-souveräne Gesellschaft fördern**

Digitale Souveränität sollte nicht primär wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen dienen. Sie muss in der Umsetzung ganzheitlich gedacht und angegangen werden, damit die Gesellschaft in Deutschland einen digitalen Raum mitgestalten kann, in dem Grundrechte gewahrt und die individuelle Selbstbestimmtheit bestmöglich aufrechterhalten werden.

### *Unsere Forderungen*

- Eine etwaige Diskrepanz zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und individueller digitaler Souveränität muss in den Vorhaben der

[baeume.org/assets/images/pdfs/Bits\\_und\\_Baeume\\_Politische\\_Forderungen\\_deutsch.pdf](https://bits-und-baeume.org/assets/images/pdfs/Bits_und_Baeume_Politische_Forderungen_deutsch.pdf).

## Brücken zwischen IST und SOLL

Bundesregierung transparent gemacht und öffentlich diskutiert werden, mit dem obersten Ziel, die Grundrechte der Gesellschaft in Deutschland zu schützen.

- Der Einsatz und die Förderung von Open Source-Technologien und gemeinnützigen Plattformen sollte stets geprüft und dort genutzt werden, wo sie zur Erreichung digitaler Souveränität förderlich ist. Die Reform des Vergaberechts durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bietet jetzt die Möglichkeit, den Einsatz von freier, offener Software in der Verwaltung zu ermöglichen.
- Ein klares Bekenntnis zu einem Justice-by-Design-Ansatz, der das gesamte Ökosystem betrachtet, in welchem Software und Hardware entstehen: Es muss Forschung und Entwicklung gefördert werden, die Technologien von vornherein gerecht und diskriminierungsfrei gestalten.
- In der schulischen Aus- und Weiterbildung müssen früher und umfassender die souveräne Nutzung von IKT vermittelt werden, um einen eigenständigen Umgang zu ermöglichen. Ebenso muss auch die Aufklärung über die Chancen und Risiken von Digitalisierung (Desinformation, Ressourcenverbrauch, Vereinsamung, etc.) in der schulischen

Bildung mehr berücksichtigt werden, um einen differenzierten Blick und Umgang mit IKT zu erreichen.

### **4. Partizipation der Gesellschaft sicherstellen**

Es ist nicht ausreichend, die Meinungen der Gesellschaft in Deutschland lediglich einzubeziehen. Eine proaktive und transparente Zusammenarbeit mit der erkannten und nicht ausreichend wahrgenommenen Gesellschaft in Deutschland in allen Phasen von Policy-Prozessen ist der Schlüssel zu einer intersektional-feministischen, gerechten und nachhaltigen Digitalpolitik. Die Zusammenarbeit von Gesellschaft und politischen Akteur\*innen kann durch die Einführung interaktiver Formate wesentlich verbessert werden. Es gibt eine Vielzahl an Möglichkeiten, Formate zu schaffen, innerhalb derer eine echte Beteiligung marginalisierter Gruppen und gemeinsame Problemanalyse und Lösungsfindung stattfinden kann. Konkrete Anforderungen für die Ausgestaltung der Digitalpolitik nach Gemeinwohlorientierung von top-down hin zu bottom-up haben im Sommer 2023 Aline Blankertz und Franziska Kelch von Wikimedia erarbeitet und veröffentlicht.<sup>68</sup>

#### *Unsere Forderungen*

- Es sollten der Raum und die Rahmenbedingungen für tatsächliche Partizipation geschaffen werden. Hierbei sind auch die Bedürfnisse aller sozialen Gruppen einzubeziehen: Neben einer zugänglichen, würdevollen und inklusiven Sprache sollten die (digitalen)

---

<sup>68</sup> Wikimedia Deutschland, „Acht Anforderungen.“

Räume und Materialien barrierefrei gestaltet sein. Die Moderationen und die Bereitstellung von Ressourcen muss diskriminierungsbewusst, rassistuskritisch und diversitätssensibel erfolgen.

- Es muss ein Verständnis für die relativen Privilegien und Hürden entwickelt werden, die es für jede Person in unterschiedlichem Maße zu überwinden gilt. Dazu gehört es, sicherzustellen, dass Menschen sich sicher fühlen, sich zu hören, sich öffnen, miteinander arbeiten und sich respektieren.
- Nichtstaatliche Akteur\*innen müssen für ihre Teilnahme angemessen honoriert werden und ihr Engagement darf nicht in Form von unbezahlter Arbeit erwartet werden.
- Die Möglichkeiten für eine gemeinsame Erarbeitung von Zukunftsszenarien im Rahmen von Workshops sollten geprüft werden, um so das Durchspielen und Prüfen dieser Szenarien mit heterogenen Erfahrungswelten zu ermöglichen. Best Practices und Expertise zur Durchführung solcher Formate stehen bereit, beispielsweise im Kontext

„Zivilgesellschaftliche Foresight“ von Superr Lab.<sup>69</sup>

### **5. Zugang zu digitalen Räumen sicherstellen und Kompetenzen schaffen**

Die Annahme, dass allein der technisch-infrastrukturelle Ausbau ausreicht, um den Zugang zur Digitalisierung sicherzustellen, muss zwingend überdacht werden, denn es gibt zahlreiche weitere Faktoren, die den Zugang beeinflussen. Der gleichberechtigte Zugang zum digitalen Raum und das sich darin bewegen muss für alle Menschen ermöglicht werden, und als grundlegendes Recht betrachtet werden, um digitale Barrieren abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

#### *Unsere Forderungen*

- Der Zugang zum Internet sollte für alle Menschen sichergestellt sein, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, technischen oder anderen notwendigen Kompetenzen, biologischem Alter oder ihrem Wohnort bzw. ihrer Wohnsituation. Dazu gehört es auch, kostenlosen Zugang zum Internet bereitzustellen.
- Umfassende und grundlegende Bildungsangebote, sowohl online als auch offline, müssen allen Bevölkerungsgruppen kostenlos zugänglich gemacht werden, um digitale Kompetenzen zu stärken und Wissenslücken auszugleichen.

---

<sup>69</sup> Superr Lab, „Zivilgesellschaftliche Foresight,“ zuletzt geprüft am 04.10.2023, <https://superr.net/project/zivilgesellschaftliche-foresight/>.

Hierbei sollte ein Schwerpunkt auf Open Educational Resources liegen.

- Die Digitalkompetenz an Schulen sollte so früh wie möglich gefördert werden und dabei den thematischen Unterricht mit der Vermittlung von digitalen Kompetenzen sinnvoll miteinander verknüpfen.
- Hinsichtlich der Wirksamkeit digitalpolitischer Vorhaben sollte die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens geprüft werden und gegebenenfalls als Instrument für einen Zugang zum digitalen Raum sowie eine wachsende Digitalkompetenz in Betracht gezogen werden.

### **6. Gezielte und angemessene Bereitstellung von Haushaltsmitteln**

Die digitalpolitisch anvisierten Ziele müssen sich mit den im Bundeshaushalt bereitgestellten Mitteln decken, damit auch wirklich alle Menschen von ihr profitieren können. Dazu gehören die ausreichende Ausstattung von Projekten der Bundesregierung wie z.B. dem Breitbandausbau und die angemessene Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für eine gerechte digitale Gesellschaft einsetzen und hier wichtige Kommunikations- und Wissensarbeit leisten.

#### *Unsere Forderungen*

- Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für eine gerechte und

nachhaltige digitale Gesellschaft einsetzen, müssen gezielt und umfangreich gefördert werden.

- Relevante Projekte müssen mit eigenen Titeln und den entsprechenden Mitteln im Bundeshaushalt hinterlegt werden, um eine Umsetzung anzugehen und dauerhaft sicherzustellen.

### **7. Digitale Gewalt aktiv bekämpfen**

Digitale Gewalt ist eine Form der Diskriminierung, welche die Verletzung und den Ausschluss von Personen u.a. durch sexistische, rassistische, homo- oder transphobe und andere menschenverachtende Hassrede bezweckt. Sie ist die gewaltsame Fortsetzung von Diskriminierung im digitalen Raum, schränkt die Meinungs- und Entfaltungsfreiheit erheblich ein und gefährdet die Demokratie. In einer Stellungnahme zum geplanten Gesetz gegen digitale Gewalt hat netzforma\* e.V. folgende Forderungen<sup>70</sup> an das Bundesministerium der Justiz (BMJ) formuliert.

#### *Unsere Forderungen*

- In der Definition von digitaler Gewalt sollte bei einem Gesetz gegen digitale Gewalt beachtet werden, was internationale Studien schon lange zeigen: meist trifft es diejenigen, die grundsätzlich ein höheres Diskriminierungs- und Gewaltisiko haben, allen voran BIPOC, weiblich gelesene Personen sowie LGBTQIA+.

<sup>70</sup> Netzforma\* e.V., „Stellungnahme des netzforma\* e.V. - Verein für feministische Netzpolitik - zum Eckpunktepapier für ein Gesetz gegen digitale Gewalt,“ (2023),

[https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Stellungnahmen/2023/0526\\_Stellungnahme\\_netzforma\\_Eckpunkte\\_Gesetz\\_digitale\\_Gewalt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Stellungnahmen/2023/0526_Stellungnahme_netzforma_Eckpunkte_Gesetz_digitale_Gewalt.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

## Brücken zwischen IST und SOLL

- Beratungsstellen für (digitale) Gewalt sind meist die ersten Anlaufstellen, bevor sich Betroffene an die Ermittlungsbehörden wenden. Expertise wurde hier aufgebaut und muss weiterhin ausgebaut werden. Das Beratungsangebot zu Gewalterfahrungen im digitalen Raum sollte nicht auf spezialisierte Beratungsstellen beschränkt sein, sondern die digitale Komponente von Gewalterfahrungen als Querschnittsthema verstanden werden.
- Die Hürden einer individuellen Rechtsdurchsetzung sind aus vielerlei Perspektiven hoch. Neben finanziellen Ressourcen ist das Wissen um Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung notwendig. Die Verfahren sind für Betroffene oft sehr belastend und nicht selten retraumatisierend. Die unterschiedlichen Möglichkeiten rund um die Verbandsklage sollten daher intensiv geprüft werden.
- Separate digitale "Schutzräume" für vulnerable Gruppen können nicht die Lösung sein, um sie vor Gewalt im digitalen Raum zu schützen. Dies führt zu einem Ausschluss oder Rückzug aus dem digitalen Raum und aus der demokratischen Diskussion. Sind diese "Schutzräume" der einzige Lösungsansatz, wirken sie entgegen ihrer Intention demokratiegefährdend. Es braucht hier die Erarbeitung neuer Konzepte und Lösungen unter

Einbeziehung von gesellschaftlicher Expertise.

### **8. Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll und transparent einsetzen**

Es ist von entscheidender Bedeutung, sorgfältig zu überlegen, wo der Einsatz von KI-Anwendungen und maschinell trainierter Software tatsächlich sinnvoll ist und wo menschliche soziale Kompetenz und menschliche Arbeit weiterhin unersetzlich bleiben. Die Annahme, dass KI automatisch überall die beste Lösung darstellt, ist problematisch. Daher sollte eine differenzierte Herangehensweise an den Einsatz von KI erfolgen, die die jeweiligen Anforderungen und ethischen Aspekte angemessen berücksichtigt, anstatt sie als universelles Heilmittel anzusehen. Die Wirkungsmechanismen der eingesetzten KI müssen transparent gemacht werden, insbesondere wenn es um KI-gestützte Entscheidungstreffen geht.

#### *Unsere Forderungen*

- Es muss transparent gemacht werden, in welchen öffentlichen Projekten Künstliche Intelligenz eingesetzt wird und wie. Zudem sollte offengelegt werden, an welchen Stellen Daten von Menschen verwendet werden und wie sich dies auf ihre Lebenserfahrung auswirkt.
- Bei der Kompetenzbildung im Bereich KI müssen zwingend diskriminierte, marginalisierte und nicht ausreichend wahrgenommene Gruppen angesprochen und in die Entwicklung eingebunden werden, sodass dem nachgewiesenen Algorithmic

Bias<sup>71</sup> entschieden entgegengewirkt wird.

- Die Initiative Civic Coding - Innovationsnetz KI für das Gemeinwohl von BMAS, BMFSFJ und BMUV, die aktuell nur bis Ende 2024 angesetzt ist, sollte in eine langfristige Strategie überführt werden und messbare Kriterien für ihre Wirksamkeit entwickeln.
- Bei der KI-Entwicklung sollten insbesondere soziale Unternehmen, bei denen eine positive gesellschaftliche Wirkung vor der Maximierung des monetären Gewinns steht, unterstützt werden.
- Im Rahmen von KI-Zertifizierungen müssen Risikoanalysen für vulnerable und unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen als Standard festgelegt werden.

### **9. Neue Digitalstrategie entwerfen**

Letztendlich hat diese Analyse gezeigt, dass die Digitalstrategie schwerwiegende Lücken aufweist, die unter anderem auf die Methodik zurückzuführen sind, aber auch durch ihre Auswahl der Stakeholder bei der Entstehung bedingt ist. Da es sich um zentrale Versäumnisse handelt, ist die Erarbeitung einer neuen Digitalstrategie unabdingbar.

### *Unsere Forderungen*

- Die Erarbeitung einer neuen Digitalstrategie sollte gesellschaftliche und sozial-ökologische Aspekte fokussieren und strategische Ziele sowie Transformationsprozesse daran ausrichten. Die digitale Transformation sollte unter einer fortlaufenden Einbeziehung der vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnisse zukunftsfähig und sozial gerecht gestaltet werden. Die Umsetzung sollte fortlaufend gesellschaftlich begleitet und gemessen werden. Die Zuständigkeiten für die Umsetzung der Maßnahmen sollten klar und konkret benannt werden.
- Die Nicht-Beteiligung der digitalen (Zivil-)Gesellschaft in der aktuellen Legislaturperiode muss reflektiert und kritisch hinterfragt werden (z.B. in einem Lessons Learned Workshop, Interviews, Fokusgruppen, unterstützt durch eine unabhängige Moderation). Darauf aufbauend sollte ein Leitfaden für die Einbeziehung gesellschaftlicher Expertise entwickelt werden, welcher ressortübergreifend Anwendung findet.
- Politische Akteur\*innen sollten bei der Erarbeitung einer neuen Strategie *aktiv* mit den *Expertinnen ihrer*

<sup>71</sup> Buolamwini und Gebru, „Gender Shades: Intersectional Accuracy Disparities in Commercial Gender Classification,” 81.; Carsten Orwat, „Diskriminierungsrisiken durch Verwendung von Algorithmen: Eine Studie, erstellt mit einer Zuwendung der Antidiskriminierungsstelle des

Bundes.“ (2019), [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/studie\\_diskriminierungsrisiken\\_durch\\_verwendung\\_von\\_algorithmen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/studie_diskriminierungsrisiken_durch_verwendung_von_algorithmen.pdf?__blob=publicationFile&v=3).

*gelebten Erfahrung zusammenarbeiten.*

- Es sollte eine Erkundung durchgeführt werden, um zu erörtern, welche bestehende, funktionierende Beteiligungsformate sich als besonders zielführend erwiesen haben. Es sollte Raum für gemeinsame Reflexion geschaffen werden sowie ein umfangreiches Monitoring dieser Einbeziehung und der Akzeptanz der ergriffenen Maßnahmen. Dabei sollte auch die Einbeziehung von neuen und bisher nicht ausreichend wahrgenommenen Akteur\*innen besprochen werden, um einen Wechsel von Perspektiven zu ermöglichen und eine Erneuerung von Prozessen zu garantieren.

### Disclaimer

Every author is solely responsible for their article, with the opinions in the respective pieces not representing the opinions of “Polis180” or the other authors.

### Autorinnenbiografien

**Anna Lena Menne** hat einen Bachelor-Abschluss in Publizistik und Kommunikationswissenschaften von der Freien Universität Berlin und studiert im Master Globale Studien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf digitaler Positionalität, wobei sie den sozialen Kontext der Digitalisierung erforscht und deren Komplexität aufdeckt. Sie verbrachte Semester an der University of Leeds, der University of Pretoria und der Chulalongkorn University. Als Mitglied von Polis180 im Programmschwerpunkt Digitalisierung und Cybersicherheit ist sie seit Mai 2021 dabei.

**Jennifer Menninger** absolvierte einen Masterabschluss in Gender Studies an der Universität Innsbruck. Sie arbeitet für eine Friedensorganisation und beschäftigt sich mit feministischer Außenpolitik und feministischen Perspektiven auf Abrüstung, Cybersicherheit und autonome Waffensysteme. Sie engagiert sich seit 2022 bei Polis180 im Programmschwerpunkt Digitalisierung und Cybersicherheit.

**Linnea Carolin von Stuckrad** hat ein Studium der Soziologie an der Universität Hamburg absolviert und mit dem Master abgeschlossen. Ihr Fachgebiet liegt in der Strategieberatung und Konzeptentwicklung zur Digitalisierung im öffentlichen Sektor. Als Mitglied bei netzforma\* e.V. engagiert sie sich für eine intersektional-feministische Digitalpolitik. Dort bringt sie ihre Leidenschaft für soziale Gerechtigkeit und neue Technologien zusammen, um innovative Lösungen für eine inklusive und sozial gerechte digitale Zukunft zu entwickeln.

**Sonja Mause**n forscht im Rahmen ihrer Promotion zu Ungleichheitsstrukturen und Narrativen von Gewalt in zeitgenössischen indigenen Romanen in Australien und Neuseeland. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen dabei in den Postcolonial Studies, Indigenous Women's Studies, und Critical Whiteness Studies. Sie ist seit 2021 Mitglied bei netzforma\* e.V. und Alumna der Deutsch-Amerikanischen Fulbright Stiftung.

**Marieke Eilers** arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin einer Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Sie hat einen Bachelor im Fach Publizistik und Kommunikationswissenschaften sowie einen Master im Fach Soziokulturelle Studien absolviert. Als Mitgründerin von netzforma\* e.V. setzt sie sich seit 2018 für eine feministisch-intersektionale Netzpolitik ein. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist der Umgang mit Diskriminierung im digitalen Raum, wie zum Beispiel dem "Algorithmic Bias".

### Editorial

Dustin Fürst & Moritz Pohle

### Layout

Nico Otten

## Polis 180- Grassroots Think Tank For EU and Foreign Policy

**Vertreten durch:  
Anne Flotho-Liersch,  
Thomas Dittmar,  
Etienne Höra**

**Am Krögel 2  
10179 Berlin  
[www.polis180.org](http://www.polis180.org)  
[info@polis180.org](mailto:info@polis180.org)**